

DAS ROTE

JAN|FEB|MRZ 23

ginkgoblatt

das Magazin der LINKEN in Weimar und dem Weimarer Land

SUSANNE HENNIG-WELLSOW
ÜBER DIE FRAGE

»Wie kommen wir über den Winter?«

STEFFEN DITTES

über einen neuen Politikstil
der CDU in Thüringen

»DIE LINKE IN DER KRISE«

ein Gespräch mit Luc Jochimsen

BERICHTE AUS DEN KOMMUNEN:

Weimar & Apolda



**ÜBER-
WINTERN**

... und linkes Gegenfeuer

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben dieser Ausgabe den Titel »Überwintern und linkes Gegenfeuer« gegeben. Was ist damit gemeint?

Zum einen befindet sich die Gesellschaft gerade im Modus des »Überwinterns«. Sie kämpft mit der Energie- und Inflationskrise und bereitet sich auf weitere harte Monate vor. Unsere Abgeordneten haben diesen Aspekt aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Ralph Lenkert erklärt die Hintergründe der Energiekrise, Susanne Hennig-Wellsow schaut sich an, was die verschiedenen linken Fraktionen in den Ländern konkret tun, um den Menschen über den Winter zu helfen und Steffen Dittes ordnet die Debatten um das Bürgergeld sowie die Debatten über gendergerechte Sprache in Thüringen analytisch ein.

Zum anderen befinden sich auch wir als Partei DIE LINKE in einem Modus des »Überwinterns«, des Durchhaltens und des Trotz alledem. Johannes Agnoli, ein inzwischen verstorbener linker Politikwissenschaftler, hat in seiner Abschlussvorlesung dafür die gleiche Metapher verwendet. Über die »schwierige Zeit des Überwinterns« merkte er an:

»Das ist nicht das erste Mal der Fall: Es hat im Laufe der Geschichte immer wieder Perioden des Überwinterns gegeben. Was ins Haus steht, ist eine sehr harte, mühselige Maulwurfsarbeit. Es ist eine Arbeit, die man auf sich nimmt ohne zu wissen, ob sie jemals zu einem guten Ende führt, eine Arbeit, deren Wert für die geschichtliche Perspektive im Unwissen bleibt. Man muss Maulwurf auch dann sein, wenn viele Illusionen zerstoßen sind.«

In einem längeren Gespräch mit Luc Jochimsen haben wir uns dieser Dimension angenommen und mit ihr über die Krise der Linken diskutiert – ehrlich, offen und mit einem optimistisch-kämpferischen Blick auf das, was noch kommen mag.

Außerhalb des Schwerpunkts gibt es außerdem Artikel zum Trans Day of Remembrance, über Else Goldschmidt, die erste Börsenmaklerin der Welt, eine Kurzgeschichte über den Jahreswechsel bei Gin Tonic mit Gurke und, wie immer, die Berichte aus den Kommunen Weimar, dem Weimarer Land und Apolda.

Wir wünschen euch eine gute Lektüre, wärmende Tage in schwierigen Zeiten und das wir wieder mehr linke Gegenfeuer an verschiedenen Orten entzünden.

Eure Redaktion des roten Ginkgoblatts
(redaktion@dasroteginkgoblatt.de)

IMPRESSUM:
DIE LINKE

Kreisverband Apolda-Weimar
Vorsitzender: Kevin Reichenbach
Markstraße 17, 99423 Weimar

DIE LINKE.
Kreisverband Apolda-Weimar

Bildrechte: pixabay / Sonuser

INHALT

- 04** **Wie Menschen dank der LINKEN besser über den Winter kommen**
Von Susanne Hennig-Wellsow
- 06** **Vom Bürgergeld, geschlechtergerechter Sprache und einem neuen Politikstil**
von Steffen Dittes
- 10** **Wie sicher und bezahlbar ist unsere Energieversorgung?**
von Ralph Lenkert
- 12** **»Die Linke in der Krise«**
ein Gespräch zwischen Luc Jochimsen und Martin Krempel
- 16** **Der Trans*Day of Remembrance zum ersten Mal in Weimar**
von Linda Laub
- 18** **Ein Künstlerinbuch für Else Goldschmidt**
von Lilli Hallmann
- 20** **Der etwas andere Wunschzettel**
von Lisa Günther
- 21** **Gin Tonic mit Gurke**
von Sabine Berninger
- 22** **Berichte aus den Kommunen**
von den Stadtratsfraktionen

Dann eben auf Landesebene

von Susanne Hennig-Wellsow

Wie Menschen dank der LINKEN besser über den Winter kommen.



Susanne Hennig-Wellsow beim Straßengespräch in Erfurt
Bild von: Grubenpaule

Vor ein paar Tagen sind mir einige alte Texte wieder in die Hände gefallen. Fast 20 Jahre ist es her, da sprach der große Lothar Bisky hier in Thüringen zu uns auf einem Landesparteitag. Viel wurde damals darüber diskutiert, wie eine Linke wieder erfolgreicher werden kann, was neu bedacht und was weitergeführt werden sollte.

»Wir haben ganz gewaltige Schwächen«, hat Lothar, der so sehr fehlt, damals gesagt. Er hat aber auch gefragt: »Wo liegen denn unsere Stärken?«

Eine Antwort darauf sind die vielen Vorschläge und Ideen aus Bremen, Sachsen, Berlin und anderswo. All die landespolitischen Maßnahmen, die dabei helfen, dass die Menschen besser über diesen Winter kommen. Dabei gehören für mich immer zwei Dimensionen zusammen, das unmittelbare Unterstützen und das mittelfristige Umbauen.

Zum Beispiel haben wir LINKEN in Thüringen die Attacken der CDU, die sich noch gegen die geringfügigen Verbesserungen durch das neue Bürgergeld stemmt, nicht nur kritisiert und die Diffamierungen von Menschen zurückgewiesen, die mit immer noch zu geringen Sozialleistungen und trotz des weiterhin bestehenden Sanktionsdrucks über die Runden kommen müssen. Wir haben auch Vorschläge unterbreitet, wie man das Problem zu geringer Löhne angehen kann: um die Tarifbindung von Unternehmen zu erhöhen, um die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern, für eine Länderinitiative zur Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns um einen Inflationsausgleich auf 13,50 Euro auf Bundesebene und entsprechend auf Landesebene für die Anhebung des Vergabemindestlohns und zur Ausweitung der Thüringer Tariftreue-Regelung.

Solche Verbesserungen werden länger dauern, als dieser Winter. Aber auch für die kalte Jahreszeit haben wir im rot-rot-grün regierten Thüringen etwas getan. Mit einem 407 Millionen Euro umfassendes Energiehilfeprogramm werden Unternehmen, Stadtwerke, Vereine, Privathaushalte, Schulen und Kindergärten unterstützt. So schaffen wir Planungssicherheit über das hinaus, was die Bundesregierung in der Energiekrise tut. Wie es der Thüringer Linksfraktionschef Steffen Dittes ganz richtig sagt: »Es reicht nicht, über Hilfen nur zu reden, denn sie sind erst wirksam, wenn sie bei den Hilfebedürftigen auch tatsächlich angekommen sind.« Und auch hierbei denken wir über die unmittelbare Entlastung hinaus, etwa dort, wo wir mit Förderprogrammen die Investitionsfähigkeit von Firmen im Freistaat sicherstellen, und zugleich dafür sorgen, dass diese Investitionen vor allem in Richtung Energieeffizienz, Energieeinsparung und Dekarbonisierung gehen.

Ich möchte aber nicht nur von Thüringen berichten, sondern den Blick auch auf linke Politik in anderen Bundesländern richten. Bremen zum Beispiel. Dort ist unter Beteiligung der LINKEN ein drei Milliarden Euro schweres Paket geschnürt worden, das sozialen Ausgleich in der Energiekrise und Maßnahmen für eine Klimawende ermöglicht. Dekarbonisierung der Wärmeversorgung und Energieproduktion, klimaneutrale Transformation der Wirtschaft, die Mobilitätswende und die Sanierung des Gebäudebestands - das zahlt sich morgen aus, dank mehr Unabhängigkeit von Autokratien in Energiefragen, mehr Preissicherheit und Klimaschutz. »Gleichzeitig lassen wir alle diejenigen nicht allein, die jetzt hart von steigenden Energie-, Lebensmittel- und Lieferkosten betroffen sind«, so beschreibt Nelson Janßen, der Linksfraktionschef in der Bürgerschaft den 500 Millionen Euro umfassenden Schutzschirm für Bürgerinnen und Bürger, kleine und mittlere Unternehmen, für Vereine, öffentliche Gesellschaften und Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Übrigens: Bereits seit 2020 existiert in Bremen ein Härtefallfonds für Bürgerinnen und Bürger, »die wegen Zahlungsrückständen mit einer Strom-, Gas oder Wassersperre rechnen müssen«. Ein Modell, für das sich in der Energiepreiskrise viele LINKE in Kommunen und anderswo auf Landesebene eingesetzt haben.

Zum Beispiel in Berlin. Dort ist darüber hinaus das Entlastungs- und Vorsorgepaket der rot-grün-roten Koalition für die Hauptstädterinnen und Hauptstädter noch einmal mit rund 400 Millionen Euro verstärkt worden - insgesamt werden in Berlin nunmehr 3 Milliarden Euro eingesetzt, um zusätzliche Vorsorge zu treffen und gezielt dort zu entlasten, wo der Bund Lücken gelassen hat.

So wird etwa die Wirtschaftsförderung um 143 Millionen Euro erweitert. Der Ausbau Erneuerbarer Energien und die Förderung Energetischer Sanierungen werden um 33 Millionen Euro verstärkt. »Wir lassen niemanden zurück. Wir schließen die Lücken im Hilfspaket der Ampelbundesregierung«, so die linken Fraktionsvorsitzenden Anne Helm und Carsten Schatz. »Besonders wichtig war uns, dass im umfassenden ÖPNV-Paket Vorsorge getroffen wird, um das 9-Euro-Sozialticket längerfristig fortzuführen«; außerdem können dank zusätzlicher Mittel Mieterhöhungen beim Studierendenwerk zurückgenommen werden.

Außerdem hat der rot-grün-rote Senat ein »Netzwerk der Wärme« geknüpft - und das ist nicht bloß eine symbolische Angelegenheit. Die auf unsere linke Sozialsenatorin Katja Kipping zurückgehende Idee ist Teil des Berliner Entlastungspakets und wird mit 11 Millionen Euro ausgestattet. Es entstehen so Anlaufstellen für Menschen, die sich in der Energiekrise mit hohen Preisen überfordert oder allein fühlen oder eine kalte Wohnung haben. Es geht um Möglichkeiten zum Verschnaufen, zum Austausch bei einem warmen Getränk und um Beratungsangebote. »Niemand soll in dieser schwierigen Zeit allein bleiben«, sagt Kipping. »Mit Herz und Solidarität kommen wir gemeinsam besser durch den Winter.«

Auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo die rot-rote Koalition gerade das erste Jahr hinter sich hat, orientiert sich die LINKE am Ziel, »möglichst gut durch diese schwierigen Zeiten zu kommen, das Beste für die Menschen zu erreichen«; man arbeite mit Hochdruck daran, »die Auswirkungen der Krisen für die Bürgerinnen und Bürger, für die Kommunen, für die Wirtschaft und für soziale Einrichtungen so gering wie möglich zu halten«. Im Nordosten wird es deshalb unter anderem einen Energiefonds geben, der Investitionen in Größenordnungen ermöglicht und dort einspringt, »wo die Hilfen des Bundes nicht oder unzureichend ankommen«. Auch hier also: Unterstützen und Umbauen.

Das liegt ganz auf der Linie der Vorschläge, die LINKE aus den Bundesländern mit Regierungsbeteiligung schon im April dieses Jahres unterbreitet hatten: für mehr Energiesicherheit, Energiesouveränität und ökologische Transformation. Dass die Bundesregierung die Idee eines Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro unter anderem für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, für Programme zur energetischen Sanierung im Gebäudebereich, für Investitionsprogramme für grüne Wasserstoffherzeugung, für Sonderprogramme für kommunale Energieversorger und vieles mehr nicht aufgegriffen hat, ist das eine. Das andere ist: Soweit es möglich ist, wird das nun in den »linken Ländern« angepackt.

Im Herbst 2022 haben Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, Bremens Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt, der Berliner Kultursenator Klaus Lederer sowie die Nordost-Bildungsministerin Simone Oldenburg noch einmal mit einem ganzen »Maßnahmenbündel« nachgelegt, das auch von der Bereitschaft geprägt ist, ausgetretene Pfade zu verlassen.

Jene Pfade nämlich, »die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erst zur kritischen Lage der Gegenwart geführt haben«. Vorschläge, wie man Energiemarkt und Energieinfrastruktur entlang einer Trias aus Dezentralität, Regenerativität und Regionalität erneuern könnte - Vorschläge von links.

Und auch dort, wo LINKE nicht mitregieren, sind sie Treiber der Diskussionen für sozialen Ausgleich, ergänzende Hilfsmaßnahmen und ökologischen Umbau. In Sachsen zum Beispiel hat die LINKE im Landtag gleich zwei Sondervermögen vorgeschlagen - eines, um spezielle sächsische Hilfsmaßnahmen in der Energiekrise zu ermöglichen, und ein weiteres, das grundsätzlich und langfristig die finanziellen Ressourcen für Hilfeleistungen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen in Krisen oder nach Naturereignissen sicherstellen würde.

In Brandenburg hat die LINKE einen ausführlichen Plan ausgearbeitet, der sozial ausgerichtete ergänzende Soforthilfe, eine an den realen Bedarfen orientierte Haushaltspolitik und langfristig wirkende Investitionen in Transformation, Resilienz und soziale Sicherheit zusammenbringt. Auch die Linksfraktion in Sachsen-Anhalt hat sich sehr früh in der Energiepreiskrise für einen Landesabwehrschirm eingesetzt - mit einem Härtefallfonds, einem Rettungsschirm für Kliniken, Vorschlägen für ergänzende Entlastungszahlungen auf Landesebene. Ähnliches lässt sich aus Hamburg berichten, wo die Linksfraktion Ideen zur Entlastung von Normal- und Geringverdienenden in die Bürgerschaft eingebracht hat, unter anderem mit einem Notfallfonds für Hamburger Studierende. Und in Hessen macht die LINKE ebenso für einen ergänzenden sozialen Schutzschirm Druck.

Das alles sind nur einige Beispiele, die Liste, wie sich LINKE in Landtagen und Landesregierungen gegen Energiepreiskrise und für solidarische Maßnahmen einsetzen, ist in Wahrheit viel länger. Von den mannigfaltigen Ideen, die wir auf kommunaler Ebene einbringen, ganz zu schweigen.

Warum ist das wichtig, darüber zu reden, daraus zu lernen, das weiterzuentwickeln? Lothar Bisky hat damals vor fast 20 Jahren in Lobenstein noch einen Satz gesagt; einen, der vielleicht überraschend klingt, wenn man selbst gerade viele Dinge zu klären hat, wenn manche Probleme den Blick zu sehr ins Innere lenken, obwohl trotzdem draußen Herausforderungen anstehen: »Etwas mehr Selbstvertrauen sollten wir schon haben.«

Wie recht er doch hatte. In einer Zeit, in der Energiepreise viele ans Limit bringen; in der die Sorgen groß sind und die Antworten der Bundesregierung zu viele Löcher haben - in der Zeit gibt das, was LINKE auf Landesebene machen, versuchen, vorschlagen Grund zu Selbstvertrauen. Ich meine damit nicht Selbstzufriedenheit, die fehl am Platz wäre. Ich meine das, was wir tun, weil es unsere Verantwortung als LINKE ausmacht. Unter anderem: dafür zu sorgen, dass die Menschen gut über den Winter kommen.

Vom Bürgergeld, geschlechtergerechter Sprache und einem neuen Politikstil

von Steffen Dittes

Die Tagesordnung der Plenarsitzung vom 9. bis 11. November 2022 war mit 71 inhaltlichen Tagesordnungspunkten mehr als gefüllt. Am Ende der drei Tage sollten davon nicht einmal 30 der Gesetzentwürfe und Anträge abgearbeitet sein. Die parlamentarische Praxis im Thüringer Landtag ermöglicht es vorab, dass einzelne Fraktionen neben den aus rechtlichen Gründen abzuarbeitenden Vorlagen auch einzelne ihrer Initiativen »zu setzen«. Das heißt, sie kommen zwingend zum Aufruf. Die CDU reklamierte zwei Themen für sich als besonders dringlich in ihrer parlamentarischen Schwerpunktsetzung zu diesem Plenum und setzte deren Beratung durch: Tagesordnungspunkt 73 »Leistung muss sich lohnen Aktivierender Sozialstaat statt alimentierendem Bürgergeld der Bundesregierung« und Tagesordnungspunkt 79 »Gendern? Nein Danke! Regeln der deutschen Sprache einhalten - keine politisch motivierte Verfremdung der Sprache!«. Nicht nur die Schwerpunktsetzung, auch der Inhalt der Anträge und die öffentliche Kommunikation zu diesen, beim »Gender-Antrag« auch die erfolgreiche gemeinsame Beschlussfassung mit der AfD lassen einen neuen politischen Stil der Thüringer CDU erkennen, der besorgniserregend ist und für die Demokratie auf fatale Weise gefährlich werden kann.

Die Fleißigen und die ...

Bereits seit Wochen zog die CDU gegen das von der Bundesregierung geplante Bürgergeld zu Felde. Diese hatte sich entschieden, dass mit der Agenda 2010 von Rot-Grün eingeführte diskriminierende Hartz-IV-System durch ein moderneres Bürgergeld abzulösen. So sollen Sanktionsmöglichkeiten gelockert, Menschen nicht dauerhaft in Armut getrieben, ihnen die Chance zur Qualifizierung statt Zwangsarbeit im Niedriglohnsektor belassen und der Übergang in Arbeit durch verbesserte Zuverdienstmöglichkeiten erleichtert sowie mehr Kooperation statt Kontrolle und Zwang geschaffen werden. Und, der Regelsatz sollte um etwa 50 Euro angehoben werden. Nun gibt es auch an dieser Reform berechnete Kritik, da beispielsweise nach wie vor Sanktionen in Form der Leistungskürzungen unterhalb des Existenzminimums (!) möglich sein werden und Sozialverbände nachrechneten, dass eine armutsfeste Grundsicherung noch einmal 44% über den von der Ampelkoalition festgelegten Regelsatz liegen muss. DIE LINKE hat ihre Kritik formuliert und einen Tag vor der Entscheidung im Bundesrat aus Sicht der LINKEN Regierungsvertreter:innen in den Bundesländern veröffentlicht.

Die CDU stützt ihre sich zur Kampagne ausweitende Kritik auf die Behauptung, dass künftig Empfänger:innen von Bürgergeld mehr am Ende des Monats in der Tasche haben würden, als Menschen die fleißig seien und arbeiten gehen würden. Diese Behauptung hält keinem einzigen Faktencheck stand und ist schnell



Steffen Dittes bei einer Rede im Thüringer Landtag
Bild von: Fraktion DIE LINKE

als unwahre Polemik entlarvt. Das scheint der CDU aber lange Zeit egal, da die populistische Kampagnenformel »Arbeit muss sich lohnen« verfangt und es so deutlich wie selten zuvor zu erleben ist, wie eine Partei, die sich als in staatspolitischer Verantwortung stehende, wertebasierte Partei sieht, mit Unwahrheiten auf Stimmungs- und Stimmenfang geht. Der Thüringer CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Mario Voigt, bezeichnete das Bürgergeld als »Politik auf dem Rücken der Fleißigen«. Das Bild ist eindeutig. Hier die Fleißigen, die sich anstrengen. Auf der anderen Seite diejenigen, die auf Kosten der Fleißigen faul seien und das schöne Leben genießen würden. Die CDU setzt ganz offensichtlich auf bereits vorhandene Vorurteile und trägt dazu bei, diese Vorurteile zu manifestieren und in der Gesellschaft weiter zu verbreiten.

Spaltung durch Stigmatisierung

Im Jahr 2014 stellten im Auftrag der damaligen CDU-geführten Landesregierung Thüringer Wissenschaftler mit ihrer jährlichen Untersuchung zum Thüringer Monitor fest, dass die Abwertung Langzeitarbeitsloser die in der Bevölkerung mit 53% am weitesten verbreitete Kategorie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

darstellt. Der die Untersuchungsergebnisse dann im Jahr 2015 vorstellende Thüringer Ministerpräsident, Bodo Ramelow (DIE LINKE), sagte dazu, »es sei wichtig, Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben, aus dieser ‚Stigmatisierung‘ herauszukommen«. Sieben Jahre später arbeitet die CDU mit falschen Behauptungen weiter an dieser Stigmatisierung. Dass sie dabei zudem Gründe für den Bezug von existenzsichernden Leistungen gänzlich negiert, so arbeiten circa eine Millionen der Bezieher von Grundleistungen selbst, aber beispielsweise als Alleinerziehende in Teilzeitarbeitsverhältnissen diese ergänzend zur Existenzsicherung erhalten, kann nur als bewusst in Kauf genommene Spaltung der Gesellschaft, als bewusst betriebenes gegeneinander Ausspielen von Arbeitenden und Grundsicherungsempfänger:innen und in der Absicht des Niedrighaltens von Sozialleistungen als gewollte Aufkündigung des Sozialstaatsprinzips verstanden werden.

Doch während der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz am Abend des 6. November 2022 in den »Tages-themen« die argumentative Rolle rückwärts vollzog und die Zustimmung zur Erhöhung der Regelsätze bei Fortbestand des diskriminierenden Hartz-IV-Systems der Ampelregierung anbot, blieb sich die Thüringer CDU treu. Am 10. November kam im Thüringer Landtag ihr Antrag zum Aufruf, der unbeeindruckt der vielfachen Richtigstellungen weiter behauptete, dass »es bei Einführung eines Bürgergeldes im Freistaat Thüringen besonders häufig dazu kommen (wird), dass sich die Erwerbsarbeit für Arbeitnehmer finanziell nicht mehr lohnt, das heißt, dass erwerbsfähige Bürgergeldbezieher, ohne einer entsprechenden Erwerbsarbeit nachzugehen, finanziell bessergestellt sind, als Erwerbstätige, welche diese Leistungen finanzieren«. Gleichzeitig startete die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag eine Kampagnenseite mit dem ziemlich entlarvenden, aber ehrlichen Domainnamen ampel-stoppen.de, auf der sie wissenschaftlich nachweislich falsche Rechenbeispiele weiter verbreitete. In der Debatte selbst wiederholte Fraktionsvorsitzender Voigt das Bild der »Politik auf dem Rücken der Fleißigen« und der »sich nicht lohnenden Arbeit«, um dann zu behaupten, die CDU habe die Erhöhung des Regelsatzes doch selbst vorgeschlagen. Eine ziemlich widersprüchliche und auch dreiste Verdrehung der Tatsachen, was sich auch am Tag, als der Bundesrat mit den Stimmen der CDU-geführten Bundesländer die Bürgergeld-Reform ablehnte, noch einmal zeigte, als Voigt kommentierte »Es ist gut, dass der Bundesrat den sozial ungerechten Entwurf der Ampel-Regierung gestoppt hat.« und weiter unbeirrt behauptete »Wer arbeitet, muss mehr Geld haben als jemand, der nicht arbeitet. Mit ihrer Zustimmung zu dem Ampel-Entwurf zeigt die Thüringer Landesregierung, dass sie diesen Grundsatz nicht teilt.«

Gerechte Lohnpolitik und solidarisches Bürgergeld

In der gesamten Debatte versucht sich die CDU als Interessenvertreter der für geringe Löhne arbeitenden Menschen darzustellen. Und in der Tat sind Niedriglöhne ein gesellschaftliches Problem, weil sie Menschen in die Abhängigkeit ergänzender staatlicher Leistungen zwingen, menschenwürdige soziale und kulturelle Teilhabe nicht ermöglichen und vor allem auch Altersarmut produzieren. Dies bekämpft man aber nicht dadurch, in dem Löhne weiter niedrig gehalten werden und die Grundsicherung an Niedriglöhnen orientierend weiter unter dem Existenzminimum bleibt. Doch beim Einsatz für bessere Löhne sieht man nur selten die CDU an der Seite der Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozial orientierten politischen Parteien. In Thüringen steht die CDU historisch für den Ausbau des Niedriglohnsektors und dem aktiven Werben mit eben jenen niedrigen Löhnen gegenüber Unternehmen als Standortvorteil.

Der gesetzliche Mindestlohn wurde durch die CDU immer wieder kritisiert, der in Thüringen eingeführte ver-gabespezifische Mindestlohn bekämpft. Initiativen zur erleichterten Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen scheiterten am Widerstand der CDU.

Dabei hätte ausgerechnet die Thüringer CDU an eine frühere Debatte über ein solidarisches Grundeinkommen in der laufenden Diskussion anschließen können. Im Jahr 2008 legte der damalige Ministerpräsident Thüringens und CDU-Landesvorsitzende Dieter Althaus ein Konzept für ein solidarisches Bürgergeld als bedingungsloses Grundeinkommen vor. Kerninhalt war ein zur Auszahlung kommendes Netto-Bürgergeld in Höhe des Existenzminimums nach dem Existenzminimumbericht der Bundesregierung (2008: 595 Euro; zum Vergleich 2023: 909 Euro), dass jeder, also auch Erwerbstätige erhalten sollten. Hinzu sollte ein monatlicher Gesundheitszuschuss in Höhe von 200 Euro zur Finanzierung des Gesundheitswesens kommen. Vorschläge für einen festen Steuersatz, Reduzierung des Bürgergeldes ab einem eigenen Einkommen von 1.600 Euro, Bürgergeldrente sowie zum Wegfall von Sozialversicherungsbeiträgen und einheitlichen Steuersätzen komplettierten das Bürgergeld-Konzept aus den Reihen der CDU, das Mario Voigt, damals noch Landesvorsitzender der Jungen Union, für dessen Einführung als Systemwechsel und als Alternative für mehr Generationengerechtigkeit bewarb.

Im Jahr 2022 war es mit dieser Generationengerechtigkeit nicht mehr so weit her. Ein Ziel der CDU-Kritik am Bürgergeldkonzept der Bundesregierung war das sogenannten Schonvermögen. Menschen sollten in den ersten 24 Monaten des Bürgergeldbezuges ein unantastbares Vermögen von 60.000 Euro besitzen dürfen. Dies scheint der CDU zu hoch. Zum Ausdruck kommt dabei eine Missachtung gegenüber der für viele Menschen durch Lohnarbeit erwirtschaftete Sicherung für das Alter. Diese solle gefälligst aufgebraucht werden. In Kombination mit dem Grundsicherungsbezug würde somit Altersarmut erst hervorgerufen und manifestiert. Während die CDU also Kleinstvermögen bei Bürgergeldbezug an den Kragen will, wird ihre Vorstellung von Schonvermögen bei der Diskussion um Ausdehnung der Erbschafts- und Wiedereinführung der Vermögenssteuer deutlicher. Eigentümer großer Vermögen sollen mit Verweis auf ihre Leistungen für die Gesellschaft (sic!) unangetastet bleiben. Die ungleiche Betrachtung sozialer Milieus wird auch darin deutlich, dass immer wieder auf den Vorwurf des Leistungsmissbrauchs zurückgegriffen wird. Und in der Tat schätzt die Bundesagentur für Arbeit den gesamtwirtschaftlichen Schaden durch Hartz-IV-Betrug auf jährlich 60 Millionen Euro. Dieser beträgt allerdings nur 0,06 % des Schadens, der jährlich durch Steuerhinterziehung der Gesellschaft entsteht.

Ein neuer Politikstil

Vor diesem Hintergrund der entfesselten Sozialneid-debatte, der diskreditierenden Zweiteilung der Gesellschaft in Fleißige und vermeintlich weniger fleißige Leistungsbezieher, dem mangelnden Engagement für mehr Lohngerechtigkeit und dem staatlichen Zugriff auf erarbeitete kleine Vermögen, während große unabhängig davon wie sie entstanden sind, unangetastet bleiben sollen, ist es schon fast ein Hohn, wenn die Positionierung der CDU Thüringen als »sozial-gerecht« gegenüber dem »sozial ungerechten« Bürgergeld der Bundesregierung verkündet wird. Die bewusst wahrheitswidrige Verklärung der eigenen Positionierung als auch die anderer politischer Akteure war schon immer ein Mittel der Politik. Doch erst mit dem Auftreten der AfD und der Leichtigkeit der Verbreitung von Behauptungen in den sozialen Medien hat die-

ses Mittel im politischen Alltag umfassend Raum ergriffen und wird zunehmend auch von anderen politischen Akteuren, insbesondere zunehmend von der CDU Thüringen in ganz erheblichem Umfang missbraucht.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der genannte Antrag zur geschlechtergerechten Sprache der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. In einer Pressemitteilung vom 11. November 2022 stellt die CDU die Behauptung auf, dass Anlass für ihren Antrag »unter anderem ein Vorhaben der Landtagsverwaltung, künftig auch Sitzungsprotokolle mit Gender-Sternchen, -Doppelpunkt oder Unterstrich zu versehen« gewesen sei. Die Landtagsverwaltung hatte aber nicht den Vorschlag unterbreitet, Sitzungsprotokolle zu »gendern«, auch nicht eine Vielzahl unterschiedlicher Zeichen einzuführen, sondern in dem Fall, wenn ein Mitglied des Thüringer Landtages in seiner Rede den Glottisschlag, also eine Sprechpause wie bei A|orta, Spiegellei, Olase oder eben Freund|innen, nutzt, dies auch als Wiedergabe des gesprochenen Wortes einheitlich im Protokoll zu dokumentieren. Der Duden sieht hierfür - wie soeben verwendet - auch ein maschinenlesbares Zeichen vor. Bereits im Ältestenrat verhinderte die CDU mit der AfD und der Gruppe Bürger für Thüringen eine solche Protokollierung mit der Folge, dass jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete bei der Korrektur seines eigenen Beitrages nun im eigenen Ermessen ein entsprechendes Zeichen einfügen wird. Weder stimmte also die Beschreibung des behaupteten Anlasses, noch bestand dieser am Tag der Plenarsitzung noch. Warum ein gescheiterter Vorschlag zur einheitlichen und dudenkonformen Protokollierung des tatsächlich gesprochenen Wortes allerdings als Anlass dazu eigenen soll, die Landesregierung aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass in Schulen, Hochschulen, Gerichten und im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk auf die Anwendung der sogenannten Gendersprache in der Kommunikation, also mündlich wie schriftlich, verzichtet wird, erschließt sich nicht. Der Duktus der Argumentation und Motivation ist allerdings getragen von verschwörungstheoretischen Anleihen aus dem rechten Kulturkampf. Da wird von einer kleinen Elite schwadroniert, die gegen den Willen der freiheitsliebenden Mehrheit dieser eine Form der Sprechweise aufzwingen will und dabei der seit Jahrhunderten offenbar ohne Veränderung gebliebenen deutsche Sprache ihrer Schönheit, Klarheit und Verständlichkeit berauben will. »Jeder soll so reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist«, verkündet die CDU und verschafft erstmalig einem Antrag die parlamentarische Mehrheit, der Menschen vorgeben soll, wie nicht gesprochen werden darf. Dem zuvor gegangen waren sieben Gesetzentwürfe der AfD seit 2014 die Sprache betreffend, die bislang auch an der Ablehnung der CDU scheiterten. Die Koalition von LINKE, SPD und Grüne hat nicht einen einzigen parlamentarischen Antrag in den Landtag eingebracht, um Sprachvorgaben auf den Weg zu bringen. Im Unterschied zur AfD und nun auch zur CDU sind die r2g-Abgeordneten der festen Überzeugung, dass Sprache weder durch politische Mehrheiten festgelegt, noch Sprachentwicklung mit Hilfe politischer Mehrheiten verhindert werden darf. Die Verwendung geschlechtergerechter bzw. geschlechtersensitiver Sprache ist auch unter den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen sehr unterschiedlich. Aber einig sind wir uns, dass Sprache gesellschaftliche Verhältnisse manifestieren kann und zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse auch immer die Veränderung in Sprache gehört, insbesondere dann, wenn durch ihre Verwendung mindestens ein Geschlecht verborgen bleibt.

Keine Kooperation? Was sonst?

Im Nachgang der parlamentarischen Abstimmung gab die CDU an, dass es keine Kooperation mit der AfD geben habe.

Wenn sie damit meint, dass es vorher keine Absprachen zum Antrag gegeben habe, mag sie Recht haben. Die brauchte es ja auch nicht, der Zustimmung der AfD konnte sie sich sicher sein. Klar ist, durch eine Kooperation, hier dem bewussten Zusammenwirken in einer Abstimmung mit dem Ziel des Erreichens einer parlamentarischen Mehrheit, hat die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag einer extrem rechten Partei den Weg zur aktiven Mitgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse eröffnet. Der gemeinsame Applaus von CDU und AfD im Landtag nach der aus ihrer Sicht erfolgreichen Abstimmung dieses kooperative Zusammenwirken sichtbar gemacht. Der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete und heute auf Twitter sehr rege und prononciert politische Debatten begleitende Ruprecht Polenz schrieb seiner CDU in Thüringen sehr deutlich ins Stammbuch: »Kulturkampf. Die CDU macht Front und lässt sich von der AfD unterstützen. Ein absolutes no go. Keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD bedeutet auch, keine Anträge zu stellen, die nur mit der AfD eine Mehrheit bekommen können.«

Polenz kritisiert nicht in erster Linie, dass Konservative und extrem Rechte in einzelnen Fragen Positionen – wie in diesem Fall – gemeinsam teilen. Sie kritisieren, dass die CDU sich zur Durchsetzung der Unterstützung durch extrem Rechte bedient und auf diese von vornherein abzielte. Polenz verweist aber auch darauf, dass es schon nötig sei, dass »sich die CDU beim Vorschlag eigener Alternativen, Initiativen etc von der AfD unterscheidet«. Mit dem Wort ‚Kulturkampf‘ macht Polenz aber auch die Dimension der Debatte um Sprache und um das durchgesetzte Sprachverbot deutlich: Es geht um Kultur, um die Kultur des Zusammenlebens. Und hier drängen sich historische Parallelen auf, die Sorgen bereiten müssen. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten und das Ende der Weimarer Republik mit all den schrecklichen Folgen des Holocaust und des zweiten Weltkrieges war nur möglich, weil Demokraten sich immer weniger einig wurden, weil Konservative eine ideologische Nähe zum Rechtsextremismus glaubten zu erkennen und dies beginnend im Kampf gegen die Moderne, gegen künstlerische Avantgarde, gegen eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich fortbewege vom kulturellen Ursprung der deutschen Nation, den es zu bewahren gelte. Der angeblichen von ‚Führergilden‘ verfolgten ‚Vermischung der Völker‘ wurde der Kampf angesagt und sich dabei gestützt auf das ‚gesunde Volksempfinden der Massen‘. Der Untergang der Weimarer Republik wurde auch durch einen Kulturkampf begleitet, der Nationalsozialisten und Konservative zu Partnern machte. Nun mögen historische Vergleiche immer mit einer Vielzahl von analytischen Unschärfen und Schwächen bei der Übertragbarkeit in eine heutige Zeit verbunden sein, das macht die aus den daraus sichtbar werdenden Gefahren und erwachsenden Ängste aber nicht falsch.

Die AfD nahm die Einladung zur Mitgestaltung gerne an und die möglicherweise verfolgte Strategie, durch Übernahme von Positionen der AfD Wähler:innen an die CDU zurückzugewinnen, offenbarte unmittelbar ihre gefährlichen Schwächen, die die Thüringer Allgemeinheit sehr treffend mit den Worten »Gewählt wird das Original« kommentierte. Bereits im Landtag hielt die AfD der CDU vor, noch vor wenigen Monaten einer inhaltlich gleichartigen Initiative der AfD widersprochen zu haben. Auf der in Erfurt am 12.11. stattgefundenen rechten Demonstration feierte Höcke sich, die AfD und die »Kollegen der CDU, die sich das erste Mal ein Herz gefasst und Mut bewiesen haben«. Spätestens hier hätte es die CDU bei ihrer im Landtag vorgenommenen Positionierung belassen können. Doch zeitgleich forderte die CDU in einer Pressemitteilung die Landesregierung auf, nunmehr den »erfolgreichen Antrag der CDU-Fraktion« schnell umzusetzen.

Dem vorausgegangen war unter anderem die Einschätzung auch der Thüringer Landesregierung, dass der Beschluss nach Inhalt und Form keine Wirkung haben wird. So dürften wie bereits beschrieben, Vorgaben und Verbote insbesondere zur mündlichen Kommunikation durch die Landesregierung an Hochschulen, Schulen, Medien, Gerichten schon selbst an Grenzen verfassungsrechtlicher Zulässigkeit stoßen. Unwirksam wird der Antrag auch deshalb bleiben, weil er an vielen Stellen den Grad notwendiger Bestimmtheit insbesondere mit Hinweis auf die Umsetzung der Empfehlung zur geschlechtergerechten Sprache durch den Rat für deutsche Rechtschreibung vermissen lässt. Auch das mit Mehrheit von der Landesregierung abverlangte Bekenntnis zur »deutschen Sprache als wesentlichen Pfeiler der Demokratie« dürfte nicht nur an der sich aufdrängenden Parallele zum Bekenntniszwang in der DDR scheitern, sondern an der schon historisch und gegenüber anderssprachigen demokratischen Staaten scheinenden Anmaßung.

Verfassung vs. Demokratie?

Aber der CDU ist ohnehin bekannt und auch bewusst, dass der Antrag selbst keine rechtliche Bindungswirkung gegenüber der Landesregierung entfalte, es sich bei dem Beschluss vielmehr um eine bloße Willensäußerung handelt. Das Parlament als gesetzgebendes Verfassungsorgan habe eben kein allgemeines Recht, der Regierung Weisungen zu erteilen. Aus der Thüringer Verfassung ergibt sich »keine rechtsverbindliche Verpflichtung der Landesregierung abgeleitet werden, schlichte Parlamentsbeschlüsse umzusetzen«. Nach Art. 48 Abs. 1 ThürVerf ist der Landtag das »oberste Organ der demokratischen Willensbildung. Diese Bestimmung der Verfassung schreibt den Grundsatz der parlamentarischen Demokratie fest. Ein allumfassender Vorrang des Landtags gegenüber anderen Verfassungsorganen folgt daraus jedoch nicht.« Und weiter: »Diese nach der Thüringer Verfassung bestehende Rechtslage zur rechtlichen Unverbindlichkeit schlichter Parlamentsbeschlüsse wird weder in der Literatur zum Thüringer Verfassungsrecht ... noch durch die Rechtsprechung zum Verfassungsrecht anderer Länder der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt.«

So formulierte es der Thüringer Verfassungsgerichtshof am 02. Februar 2021 in seiner Entscheidung im Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag gegen die damalige CDU-geführte Landesregierung (VerfGH 20/09). Anlass für die Klage war, dass die Landesregierung die »Festlegungen des Landtagsbeschlusses hinsichtlich der Herabsetzung der Grenzwerte und der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in die Vereinbarung mit der K+S Kali GmbH« nicht aufgenommen hat.

Seit dieser Entscheidung ist jedem Parlamentarier bewusst, dass es eines Gesetzes bedarf, wenn rechtlich verbindlich und verpflichtend Regelungen zur Umsetzung kommen sollen. Anstatt auf die Verfassungsgerichtshofentscheidung und das Verhältnis der Verfassungsorgane untereinander zu verweisen, attestiert der CDU-Fraktionsvorsitzende Mario Voigt in der BILD-Zeitung unter der nur schwer Sachlichkeit erahnen lassenden Überschrift »Geht der Gender-Irrsinn weiter« der Landesregierung ein »merkwürdiges Demokratieverständnis« und unterstellt öffentlich gefällig und eingänglich der Landesregierung, dass diese »immer wieder (sic!) versucht, Entscheidungen des Parlamentes zu ignorieren«. Nun kann man politisch kritisieren, dass die Landesregierung einen von ihr nicht geteilten politischen Willen von CDU und AfD nicht umsetzt. Die CDU müsste dann aber auch einräumen, wie und mit wem der politische Wille entstanden ist und man müsste auch einräumen, dass man in Kenntnis der Rechts-

lage selbst ein unverbindliches Instrument aus dem parlamentarischen Werkzeugkoffer gewählt hat. Lieber erklärt man die auf der Verfassung beruhende demokratische Praxis zum »merkwürdigen Demokratieverständnis« und bedient das demokratische System in Frage stellende Vorurteile, anstatt über dieses mit dem Ziel dessen Stärkung aufzuklären. Eine Stärkung die es gegenwärtig zur Verteidigung gegenüber den Feinden der Demokratie dringend bedarf.

Auf den antifaschistischen Konsens besinnen

Die Parteien in Thüringen sollten die Herausforderungen für die Demokratie und die demokratischen Institutionen annehmen, die entstehen, wenn mehr als 20% der Wähler:innen eine extrem rechte Partei in das Verfassungsorgan gewählt haben. Das dabei Mehrheitsfindungen im Parlament insbesondere unter den Bedingungen einer Minderheitskoalition erschwert werden, ist dabei aber nicht auf diesen hohen Stimmenanteil für die AfD ausschließlich zurückzuführen. Entscheidend dafür ist vielmehr, wie die demokratischen Parteien untereinander und mit der AfD als politischen Akteur umgehen. Wenngleich nicht allein in der Verantwortung stehend hat insbesondere die CDU-Fraktion noch einen Klärungsprozess vor sich. Die selbst zugeschriebene Rolle als konstruktive Opposition die mit der Regierungskoalition gemeinsam Gestaltungsverantwortung übernehmen will, ist noch lange nicht gefunden. Der dafür notwendigen Verbindlichkeit in Absprache- und Verhandlungsprozessen steht der nachvollziehbare Wunsch wertebasierter Erkennbarkeit als Opposition entgegen. Die Verbindung beider Ansprüche ist der CDU bislang nicht gelungen. Die Übernahme nur einer der klassischen Rollen als Oppositions- oder Regierungskoalition oder ein ständiges Wechseln zwischen diesen Rollen wird in der spezifischen Situation in Thüringen zum politischen Scheitern führen und die CDU und damit auch das demokratische konservative Lager langfristig schwächen. Die Erkenntnis darüber, kann aber Grundlage für einen sachlichen und konstruktiv ergebnisorientierten Gestaltungsprozess mit den Regierungskoalitionen sein, die sich freilich ihrerseits in einer nach wie vor ungewohnten Rollensituation ebenso finden müssen. Grundlage gemeinsamer parlamentarischer Verantwortungswahrnehmung als Regierungs- bzw. Oppositionskoalitionen kann aber nur das unbedingte Festhalten an dem nach 1945 gewachsenen antifaschistischen Konsens bieten. Für die CDU heißt das hinsichtlich des neuerlichen und diesmal erfolgreichen Versuches, die AfD zur mitgestaltenden politischen Kraft zu machen, nicht mehr, als sich auf die klare Aussage des CDU-Bundesvorsitzenden Friedrich Merz zu besinnen: »Mit mir wird es eine Brandmauer zur AfD geben. Die Landesverbände, vor allem im Osten, bekommen von uns eine glasklare Ansage: Wenn irgendjemand von uns die Hand hebt, um mit der AfD zusammenzuarbeiten, dann steht am nächsten Tag ein Parteiausschlussverfahren an.«

Der Text ist um ein Kapitel und alle Fußnoten gekürzt. In Gänze und mit allen Verweisen kann er auf der Internetseite des Autors eingesehen werden:

↪ <https://bit.ly/3hodHux>

(<https://www.steffendittes.de/home/detail/vom-buergergeld-geschlechtergerechter-sprache-einem-neuen-politikstil-und-daraus-erwachsenen-gefahren-fuer-sozialstaat-und-demokratie/>)

Wie sicher und bezahlbar ist unsere Energieversorgung?

von Ralph Lenkert



Ralph Lenkert (2. v.l.) bei einer Diskussion im Mascha in Weimar, Bild von: Kevin Reichenbach

Seit Monaten erhalten viele Menschen Briefe mit enormen Preissteigerungen. Wer noch nichts erhalten hat, der wartet voller Sorge. Für viele, auch für die Medien, steht fest, die alleinige Ursache der Preisexplosion sei der russische Angriffskrieg. Nur die Folgen dieses Krieges würden die Versorgungssicherheit gefährden. So ganz richtig ist das nicht.

36 Cent kostete eine Kilowattstunde Strom an der Börse vor einem Jahr - da gab es noch keinen Krieg gegen die Ukraine, jetzt sind es 15 Cent weniger. Im Juni 2019 standen wir dreimal kurz vor einem Blackout - Schuld hatten nicht die erneuerbaren Energien, Verursacher waren jeweils Spekulanten an der Börse. An der Börse springen die Preise für Strom und Gas schlimmer als der Benzinpreis an der Tankstelle.

Was DIE LINKE seit jeher predigt, wurde offensichtlich: Wer Daseinsvorsorge der Profitlogik unterwirft, riskiert Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie. Erstaunlich das die Koalition plötzlich Instrumente der LINKEN übernahm. Enteignungen wurden ermöglicht und können durchgeführt werden, wenn ein Unternehmen die Versorgungssicherheit gefährdet. Die Regeln an der Börse wurden verschärft, unter Androhung drastischer Strafen. Falsche Rabatte für Energiegroßkunden wurden abgeschafft. Zusammen mit Ersatzlieferanten für Erdgas sowie der Wiederinbetriebnahme

von Kohlekraftwerken sichern diese Maßnahmen die Strom- und Gasversorgung im Winter.

Aber zu welchen Preisen? Schon im April forderte DIE LINKE kurzfristige Maßnahmen, damit Haushalte und Unternehmen benötigte Energie auch bezahlen können. Wir forderten Preisdeckel. Die Strom- und Gaspreisbremsen kommen jetzt, aber leider zu hoch. Wir wollten monatliche (!) Direktzahlungen von 75 € je Haushalt plus 50 € je weiterer Person im Haushalt - leider gibt es nur magerste Entlastungspakete. Wir wollten Preisaufsicht und eine Übergewinnsteuer - dies hat die FDP verhindert. Die Entlastung von Kundinnen und Kunden, die mit Strom, Öl, Kohle, Pellets oder Flüssiggas heizen, wurde vergessen. Stattdessen wurde auf Betreiben von AfD und der Union immer wieder über 3 Atomkraftwerke diskutiert. Für DIE LINKE ist klar: Atomkraft ist keine Lösung! Die Sicherheit vor einem schwerwiegenden Atomunfall kann nicht garantiert werden. Gefahren wie menschliches Versagen, Naturkatastrophen, Materialermüdung, Terrorismus sind nicht kleinzureden. Ein Blick nach Frankreich zeigt, dass Atomkraft zum Unsicherheitsfaktor in der europäischen Energieversorgung geworden ist. Und die maximale Leistung von 6% des deutschen Strombedarfs, der sich auch mit anderen Energieträgern kompensieren lässt, rechtfertigt nicht den Weiterbetrieb. Dieser dient nur dazu mit abgeschriebenen Kraftwerken noch

länger Geld zu verdienen und kostengünstige Strompreise für Großkonzerne auf Kosten der Allgemeinheit zu sichern.

Die Koalition senkte nunmehr die Mehrwertsteuer auf Heizgas und vergaß die Fernwärme. Dass diese jetzt auch mit nur 7 Prozent Mehrwertsteuer belastet wird, ist ein Erfolg der Linksfraktion, denn es gelang uns, die Koalition davon zu überzeugen. Ich hoffe, dass es uns in den öffentlichen Anhörungen im Bundestag zu den Preisdeckeln gelingt, weitere Verbesserungen für die Menschen zu erreichen.

Zusätzlich brauchen wir Heizkostenzuschüsse zum Wohngeld nach Haushaltsgröße und Zuschüsse für Energiekosten an Kommunen, an Krankenhäuser, Pflegeheime und alle Sozialeinrichtungen. Zur Bezahlung wollen wir 100 Milliarden aus der Besteuerung von Sondergewinnen der Konzerne einsetzen. Ich befürchte jedoch, dies wird mit der Ampel nicht gelingen. Mittelfristig versuchen wir aus der Opposition heraus, die Koalition zu Veränderungen im und zum Abschaffen von Fehlern im Energiesystem zu bewegen.

Ein paar Punkte die zu mehr Versorgungssicherheit führen würden und im jetzigen System die Kosten verringern könnten:

- Die Wärmenetze sind auszubauen. Zu viel produzierter Strom sollte in Wärmeenergie umgewandelt werden, dann stehen zum Beispiel Windräder seltener still.
- Es braucht neue Netzentgelte für Unternehmen. Es ist doch Schwachsinn, dass Unternehmen den billigsten Strom kriegen, wenn sie 7000 h konstanten Verbrauch haben. Wir fordern ein System, dass Industrierabatte an Flexibilität für das Stromsystem koppelt.
- Wir wollen das regional erzeugter Strom auch regional verbraucht wird und dafür sollte Deutschland in Stromhandelszonen geteilt werden.
- Wir fordern, die Übertragungsnetze in einem Unternehmen zu verstaatlichen, damit der Netzausbau nach dem volkswirtschaftlichen Bedarf erfolgt und nicht nach Gewinnmargen.

Langfristig geht es um bezahlbare Grundkontingente an Energie für die Menschen. Das Energiesystem muss vergesellschaftet werden, um Spekulation und Missbrauch zu verhindern. Dies wird es jedoch nur kommen, wenn eine wirklich LINKE Mehrheit im Bundestag entsteht.





»Die Linke in der Krise«

Ein Gespräch zwischen
Luc Jochimsen und Martin Krempel

Bild von: Martin Krempel

Liebe Luc, schön das du das Wochenende hier bei uns in Weimar bist. Wir haben zur Vorbereitung ja schon mehrmals telefoniert. Jetzt freue ich mich aber, dass wir diese Gespräche, die immer wieder um die Krise der Linken kreisten, in einer öffentlichen Veranstaltung fortführen wollen.

Ich bedanke mich für die Einladung. Sie hat mich zuerst etwas überrascht, weil ja über doch eine ganz lange Zeit der Kontakt nach Thüringen abgebrochen war. Der Austausch mit dir, Martin, ist jedoch hochinteressant. Wir finden wirklich, dass wir in vielerlei Weise auf einer Linie sind und es tut einem ja sehr gut, wenn man wieder einen Gesprächspartner findet. Bei mir herrscht eine Stimmungsmischung aus Rührung und Neugierde. Dafür möchte ich, bevor es losgeht, dir schon einmal Danke sagen.

Das kann ich nur zurückgeben. Auch ich suche aktiv nach Austauschpartnern, weil es nicht immer leicht ist innerhalb der Partei über die Krise der Partei zu reden. Unabhängig von ihrer weltanschaulichen Ausrichtung sind Parteien im Allgemeinen schon länger in einer Krise. Sie teilen dieses Schicksal mit vielen anderen großen Organisationen, wie z.B. Gewerkschaften oder Kirchen. Sie sind nicht mehr so integrierend oder werden nicht mehr als so attraktiv wahrgenommen, dass sich viele Menschen von ihnen angezogen fühlen. Dieses Schicksal trifft, wie gesagt, alle Parteien. Die meisten haben darauf reagiert, indem sie sich professionalisiert haben. Es sind nicht mehr die Mitglieder, die die Plakate im Wahlkampf hängen, sondern dafür beauftragte Firmen, weil man gar nicht mehr die Mitgliedsstärke hat das selbst zu bewerkstelligen. Auch wenn ich mir z.B. die CDU in unserer Stadt anschau, dann fällt auf, dass sie außerhalb des Wahlkampfes keine öffentlichen Veranstaltungen machen. Daran scheinen sie gar kein großes Interesse zu haben bzw. begreifen sie es nicht als ihren eigentlichen Wirkungskreis. Dagegen konzentriert man sich auf das Kerngeschäft, eben Menschen in Ämter zu bringen und darüber dann Politik zu organisieren. Wir stecken dagegen noch einmal in einer besonderen Lage, denn mit dem Selbstanspruch einer sozialistischen Mitgliederpartei erodiert das natürlich noch einmal dramatischer. Wir brauchen einfach Leute, die bei uns dabei sind, die Leben in die Bude bringen und die bestenfalls die Partei von unten mitgestalten. Insgesamt nehme ich jedoch unsere Partei als latent gelähmt und politisch etwas erschöpft war. In vielen Bereichen herrscht ein »weiter so«, weil man sich auch nicht wirklich anders zu helfen weiß. Die Einstiegsfrage lautet daher: Du warst auf dem letzten Bundesparteitag in Erfurt. Dort haben wir neue Vorsitzende gewählt und wichtige Beschlüsse gefasst. Er wurde zuerst als Aufbruch wahrgenommen, was sich dann aber relativ schnell relativiert hat. Wie war dein Eindruck vom Bundesparteitag? Welche Stimmung und welche Konfliktlinien hast du wahrgenommen? Und wie hat er bei dir, sozusagen, nachgehallt?

Ich habe ihn nicht als Aufbruch empfunden. Ich hatte schon währenddessen den Eindruck, dass das, was als Aufbruchsstimmung wahrgenommen wurde, einigermaßen oberflächlich war, weil eine in die Tiefe gehende, selbstkritische Diskussion zu oft emotional übersprungen oder abgekürzt wurde. Das ist leider bis zum heutigen Tag sichtbar. Um auf deine Eingangsbemerkung zurück zu gehen: Ja, es ist vollkommen richtig, fast alle Organisationen in unserem Land sind im Moment dadurch gekennzeichnet, dass sich Menschen von ihnen peu à peu abwenden. Du hast die Gewerkschaften, die Kirchen und die Parteien angeführt, man kann natürlich auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nennen. Das Problem ist aber, dass die Krise unserer Partei wirklich existenziell ist. Man muss noch einmal daran erinnern: Nur auf Grund der gewonnen Direktmandate sitzen wir

überhaupt noch im Bundestag. Ich hätte mir daher gewünscht, dass diese Menschen mehr gewürdigt werden, stattdessen wurde sich jedoch an Gregor Gysis Aussage zum Gendern aufgehängt und abgearbeitet. Daher bin ich doch sehr besorgt darüber, wie sich in unserer Partei der Dialog zwischen Alt und Jung gestaltet. Wir können es uns einfach nicht leisten auf einen fruchtbaren Generationendiskurs zu verzichten.

Das Stichwort »Generationenkonflikt« habe ich mir auch aufgeschrieben. Du gehörst ja schon zu den älteren Genossen unserer Partei und bist jetzt in den neu gegründeten Ältestenrat berufen worden. Gibt es deiner Meinung nach wirklich so etwas wie einen »Generationenkonflikt«? Ich teile z.B. sowohl Meinungen mit älteren Genossen als auch mit jüngeren und kann nicht erkennen, dass hierbei »das Alter« das verbindende oder auch trennende Kriterium darstellt. Als junger Mensch habe ich in letzter Zeit sogar die größeren Differenzen mit der jüngeren Generation.

Du kannst dir ja vorstellen, dass das bei mir ähnlich ist.

Nichtsdestoweniger kann man feststellen, dass sich unsere Partei in den letzten 10 Jahren stark gewandelt hat. Sie setzt sich inzwischen anders zusammen als zu ihren Hochzeiten und das ist gut so. Es ist gut, dass inzwischen viel junges Blut hinein gekommen ist. Ich glaube jedoch, dass in dem gleichen Zeitraum die Entfremdung zwischen uns und unseren klassischen Milieus gewachsen ist. Es funktioniert nicht mehr so gut wie früher. Man steht sich einfach etwas entfremdet gegenüber. Nimmst du das auch so war?

Ich glaube in unserer Partei greift etwas um sich, was die ganze Gesellschaft im Moment prägt, eben ein Abgleiten in Emotionen und in Freund-Feind-Bilder. Es hat sich z.B. ausgebreitet, dass man politische Meinungsverschiedenheiten nicht mehr wirklich ehrlich und offen austrägt, sondern einfach sagt: Das sind meine Feinde. Mit denen rede ich sowieso nicht und wenn ich rede, rede ich eher über sie und ich rede diffamierend, aber ich rede nicht auseinandersetzend. Ich habe sehr früh gelernt, dass es wichtig für eine Demokratie ist, dass man sich reziprok verhält bzw. reziprok denkt, dass man sich also immer auch in den Anderen hinein versetzt. Man muss hierbei nicht gut finden, was der Andere denkt und will, aber man muss es zumindest verstehen. Ich glaube es war Schiller, der gesagt hat: »Die Jugend ist so schnell mit dem Wort.« Das ist auch ihr gutes Recht. Aber ich finde heute ist mittlerweile das ganze politische Leben so. Jeder ist sehr schnell mit dem Wort und kann dann im Grunde nicht mehr differenzieren. Jeder kommt sofort mit einer Haltung und einer Meinung heraus und dann bleibt man dabei. Korrekturen werden kaum zu gelassen. Diese sind jedoch wichtig. Demokraten müssen, denke ich, einander verstehen, um sich in einer Diskussion auf Augenhöhe zu begegnen. Kriegerische Feindbilder werden immer mehr in den zivilen Alltag übertragen und bestimmen das Klima der Auseinandersetzung.

Die Überleitung nehme ich natürlich dankend auf. Neben der sozialen Frage ist ja das Thema »Krieg und Frieden« das zentrale Element unserer Politik. So haben wir schon immer gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr gestimmt und dagegen mobil gemacht. In den letzten Jahren wurden wir mit dieser Haltung zusätzlich bestätigt. Als es jedoch zu der Abstimmung über die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes im Bundestag gekommen ist, was nur durch einen erneuten und zeitlich beschränkten Einsatz möglich war, hat sich unsere Fraktion sowohl enthalten als auch mit Nein und mit Ja gestimmt. Das war kurz vor der Bundestagswahl. Die Außenwirkung davon war natürlich eine kleine Katastrophe, weil völlig unklar war, für was die Linke



Luc Jochimsen bei der Diskussion in der Marktstraße 17 in Weimar, Bild von: Martin Krempel

hier eigentlich steht. Meiner Einschätzung nach hätten wir dort mit Ja stimmen können, um zu zeigen: Wir waren schon immer gegen diesen Krieg, sind es weiterhin und zur realen Beendigung dieses Krieges steht für uns nicht im Weg jetzt für diesen Einsatz zu stimmen. Ich hatte aber das Gefühl, dass viele dann gedacht haben, sie springen über das Hütchen und stimmen jetzt für einen Kriegseinsatz – auch wenn er in dieser Situation ja eigentlich zur Beendigung beigetragen hätte. Ich kann auch verstehen, dass man Angst davor hatte der Regierungspolitik zuzustimmen, die ja mehrheitlich den Antrag eingebracht hat. Ich glaube alle außer der AfD haben dafür gestimmt und dann wären wir bei diesem Spiel dabei gewesen. Wie hast du das damals wahrgenommen?

Ich halte das für ein ganz wichtiges Beispiel. Wir haben in dieser aufgeheizten Stimmung in der Tat nicht genug und nicht tiefgehend genug diskutiert. Der Antrag hatte ja schreckliche Haken und Ösen. Nichtsdestoweniger hätten wir meiner Meinung nach Folgendes sagen müssen: Wir haben von Anfang an gegen diesen Krieg gestimmt und haben immer gesagt, dass er beendet werden muss. Die Soldaten müssen zurückkommen. Es muss Schluss sein. Und dann gibt es dem Grundsatz nach einen Antrag, der da fragt: Soll jetzt Schluss sein? Sollen die Soldaten zurückkommen? Und ich finde da hätten wir mit Ja stimmen müssen. Es ging hierbei um eine grundsätzlich andere Frage und eine andere Abstimmung als bei den vorherigen. Wenn wir das auch so publizistisch nach außen hätten tragen können, wäre uns eine große Sympathie entgegen gekommen. Jetzt hat sich unsere jahrelange Arbeit, jetzt hat sich all die Prügel, die wir bezogen haben, jetzt hat sie sich doch gelohnt.

Ich habe jetzt noch ein paar Fragen und dann schauen wir mal, was das Publikum interessiert. Eine geht um das Verhältnis von Parteivorstand und Bundestagsfraktion. Unser Parteivorstand war schon vor dem Parteitag in Erfurt, danach aber noch einmal stärker, von Menschen geprägt, die man dem Lager der Reformen und

dem Lager der Bewegungslinken zuordnen kann und alle, ich nenne es jetzt einmal das populäre Lager, die eher Sahra Wagenknecht und Anderen nahe stehen, haben ihre Kandidaturen zurückgezogen. Damit haben wir die Situation, dass im Parteivorstand nur noch 2/3 der Mitglieder repräsentiert sind und 1/3 nicht mehr. Zeitgleich sieht die Situation in der Bundestagsfraktion ganz anders aus. Dort ist das andere Drittel, welches nicht mehr im Parteivorstand mitredet, natürlich weiterhin vorhanden. Diese Situation ist strukturell immer auf Konflikt ausgelegt und das hat relativ wenig mit den dort wirkenden Personen zu tun. Das war auch schon der Fall als noch Katja Kipping und Bernd Riexinger Parteivorsitzende gewesen sind und wäre auch weiterhin der Fall, wenn z.B. Sahra Wagenknecht zurücktreten würde. Wie nimmst du die Situation wahr?

Ich finde sie verhängnisvoll. Es ist auf der Strecke geblieben, was wir im Fusionsprozess zwischen der WASG und der PDS gelernt haben. Wir waren ja schon immer eine bunte Truppe, mit ganz unterschiedlichen Personen, aber wir konnten uns auf Themen und eine Oppositionsarbeit einigen. Ich war z.B. schon immer eine glühende Anhängerin von Susanne Hennig-Wellsow. Ich habe diese junge Frau mit ihrem Mut und ihrem Durchsetzungsvermögen bewundert. Aber ich muss ebenso sagen, dass ich es Besorgnis erregend finde, dass von ihr keine wirkliche Erklärung zu ihrem Rücktritt als Parteivorsitzende gekommen ist. Ich weiß bis zum heutigen Tag nicht, was sie eigentlich veranlasst hat zurückzutreten. Was war der Grund? Was war der Konflikt? Denn nur wenn man den Konflikt kennt, kann man sich doch damit auseinandersetzen. Niemand scheint das jedoch wirklich zu wollen. Dietmar Bartsch tut so als sei Nichts gewesen. Amira Mohamed Ali tut so als sei Nichts gewesen. Susanne Hennig-Wellsow sagt nicht, was gewesen ist. Aber es sollte doch um Glaubwürdigkeit gehen. Des Weiteren scheint uns eine übergeordnete Idee zu fehlen. Immer nur zu sagen »Wir sind für Gerechtigkeit« ist etwas wenig. Die vielen kleinen Unterschiede zwischen uns sind viel zu wichtig geworden. Manchmal hat man sogar den Ein-

druck, dass jeder nur noch für sich alleine kämpft. Warum kann man nicht zu einem wirklichen Dialog zurückfinden? Die Situation ist doch so brennend...

Die Krise unserer Partei ist ja nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Veränderungen, die in dem letzten Jahrzehnt stattgefunden haben. Rein empirisch kann man feststellen, dass immer weniger Menschen der Arbeiterklasse linke Parteien wählen. Aus den Sozialwissenschaften gibt es dazu verschiedene Deutungsangebote. Nancy Fraser, eine Soziologin aus den USA, hat dafür z.B. den Begriff des »progressiven Neoliberalismus« geprägt. Damit will sie erklären, warum sich die Masse der Arbeiter von den Demokraten ab- und letztendlich Donald Trump zugewandt haben. Ihrer Meinung nach liege das u.a. daran, dass der Neoliberalismus wichtige Anliegen der neuen sozialen Bewegungen, wie z.B. den Kampf für Frauen- und Homosexuellenrechte, übernommen und in die eigene Hegemonie und Legitimität eingebaut hat. Das hat zur Folge, dass viele Menschen inzwischen die Einforderung und Durchsetzung von Minderheitenrechte, für die die Linke ja schon immer gestanden hat und auch weiterhin unverbrüchlich steht, mit der Epoche von Privatisierung und des Abbau des Sozialstaats verbindet. Eine Person wie Hillary Clinton hat sich für ganz viele Minderheitenrechte eingesetzt und war trotzdem per Du mit der Wall Street. Amazon hat sich vor kurzem selbst strenge Diversity-Regeln auferlegt, damit jede Minderheitsgruppe gerecht repräsentiert wird, während die dort herrschende Ausbeutungsstruktur davon natürlich völlig unberührt blieb. In dieser komplexen Gemengelage finden wir uns als organisierte Linke kaum zurecht. Neben der jungen, queeren Studentin in der Großstadt, die an den herrschenden Verhältnissen zu leiden hat, gibt es weiterhin Menschen, wie z.B. meinen Vater, der früher Landwirt war, die Hauptschule gemacht hat und seitdem in dem gleichen Betrieb arbeitet und sicherlich auch kein einfaches Leben hatte. Für solche Menschen sind wir jedoch nicht mehr die ersten Ansprechpartner. Wie vielen anderen kommt es ihnen so vor als würden wir ihnen moralisch vorschreiben, wie sie richtig zu leben haben, wie viel sie mit ihrem Auto fahren dürfen, welches Fleisch sie zu essen haben, usw. Ich will damit gar nicht diese Gruppen gegeneinander ausspielen, sondern nur darauf hinweisen, dass wir es nicht schaffen, ein Programm anzubieten, in dem klar wird, wie verschiedenen Kämpfe und Unterdrückungsformen miteinander verbunden sind.

Also dieser Ansatz ist meiner Meinung nach absolut richtig. Wir können in der Tat beobachten, wie sich der ausbeuterische Kapitalismus gewandelt hat und einen Pakt mit liberalen Lifestyleattributen, die ihn zugleich attraktiver als auch undurchschaubarer gemacht haben, eingegangen ist. Dazu kommt aber noch eine weitere Sache. Zwei Sozialdemokraten, die das eigentlich sehr früh kapiert haben, haben ja ihrerseits daraus Konsequenzen gezogen und versucht ein anderes Klientel anzusprechen. Das war Tony Blair mit »New Labour« und das war Gerhard Schröder mit der »Agenda 2010«. Da haben sich zwei große sozialdemokratische Parteien umformiert und im Grunde gesagt: Neoliberal können wir auch. Wir machen uns jetzt attraktiv für die Mitte und die Anderen geben wir auf. Die alte Arbeiterklasse ist ja wirklich mehr und mehr erodiert. Dort müssen wir als Linke jedoch wieder ansetzen. Es gab ja mal die Diskussion um das digitale Proletariat. Geht es z.B. den Menschen, die 12 Stunden am Tag am Bildschirm hocken, und gerade einmal ihren Lebensunterhalt mit einer Art Start-Up-Tätigkeit erwirtschaften, wirklich gut? Oder was ist mit den vielen Postboten, Krankenschwestern und prekär Angestellten?

Es ist ja nicht so, dass es keine armen Arbeitenden mehr gibt, ganz und gar nicht. Sie sind massenhaft vorhanden. Sie sind nur mit den Strukturen des 19. Jahrhunderts schwer zu erreichen. Bestimmten linken Personen ist es nichtsdestoweniger gelungen. Ich nenne nur Bernie Sanders. Dessen Zustimmungswerte lagen ja nicht gerade bei 5%, sondern den haben die Leute massenhaft verstanden. Es geht – aus meiner Sicht und meiner Beobachtung heraus – immer um die Frage: Gibt es jemanden, der Ansprechpartner sein kann, der eine gemeinsame Sprache findet, der die Möglichkeit findet zu sagen »wacht doch endlich auf«.

Das aufnehmend habe ich noch einen Punkt und dann würden wir die Veranstaltung auch fürs Publikum öffnen. In der Geschichte der Arbeiterbewegung war es schon immer ein allgemeines Anliegen, dass sich die Mitglieder zusammen tun, gemeinsam bilden und sich die ihnen eigentliche versperrte Welt aneignen. Es ging ihnen um einen gemeinsamen Emanzipationsprozess und die Fortentwicklung der eigenen Fähigkeiten und auch des eigenen Charakters. Das ist gewiss schon alles etwas her. Den darin steckenden Anspruch haben wir aber niemals aufgegeben. Wie verstehen uns weiterhin als sozialistische Mitgliederpartei. Mir scheint es jedoch so, dass wir das in den Mühlen des Betriebes etwas vergessen haben und immer weniger daran arbeiten, dass wir alle sprach- und handlungsfähig bleiben oder überhaupt erst werden. In der politischen Praxis geht es zumeist darum, dass wir unsere Repräsentanten in Position bringen, was natürlich auch wichtig ist, weil an ihnen verdichtet sich unsere politische Idee und Gestaltungswille, der dann z.B. von einem Bodo Ramelow verkörpert wird, aber wenn es nur noch darum geht, verflacht das ganze eigentliche Parteileben. Siehst du da auch ein Problem oder gehe ich vielleicht von einer etwas naiven und romantisierten Vorstellung aus?

Ich glaube nicht, dass das naiv ist. Wir sollten immer in einer Art Doppelstrategie agieren. Zum einen geht es in einer Partei wirklich darum, dass Personen in Ämter gebracht und bei der Durchsetzung ihrer Politik unterstützt werden – zum anderen geht es aber auch immer darum, dass man sich in verschiedenen Gruppen, wie du es so schön gesagt hast, »die Welt in ihren ganzen Facetten aneignet«. Ich bin da ja sehr altmodisch. Ich glaube, dass das alte sozialistische Bild vom lernenden Arbeiter weiterhin Gültigkeit besitzt. Wenn sich eine Gruppe von Arbeitern entschließt, dass einer von ihnen vorliest, während die anderen weiter arbeiten und er dafür den gleichen Lohn erhält, dann finde ich das eine wunderbare Idee. Da findet etwas in der regulären Arbeitszeit statt, was über die eigentliche Arbeit hinausgeht. Das müsste man wieder retten. Aber machen wir uns doch nichts vor. Inwieweit das in einer derart medial ausdifferenzierten Gesellschaft, wo fast jeder an sein Handy oder seinen Computer gekettet ist, überhaupt noch möglich ist, weiß ich nicht. Ich finde jedoch, man muss es ausprobieren.

Das Gespräch zwischen Luc Jochimsen und Martin Krempel fand auf einer gemeinsamen Bildungsveranstaltung im November diesen Jahres statt. Im Anschluss wurde noch lange mit dem Publikum weiter diskutiert. Der Text hält sich, so gut es ging, an das gesprochene Wort und wurde nur leicht überarbeitet.

Der Trans*Day of Remembrance zum ersten Mal in Weimar

von Linda Laub

Disclaimer: Was ich als cis¹ weibliche Person für diesen Beitrag nicht leisten kann und möchte: zu beschreiben, wie es sich anfühlt trans zu sein, eine allumfassende oder »richtige« Perspektive auf das Thema zu geben oder Lösungen für gesellschaftlich verortete Probleme anzubieten. Schon allein, dass hier wie so häufig für bzw. über, anstelle von, mit trans Personen gesprochen wird, ist Teil des übergeordneten Problems. Obwohl ich diesen Artikel als Person, die persönlich nicht von trans diskriminierenden Diskursen betroffen ist, eigentlich gar nicht schreiben wollte, unterstütze ich die Debatte mit der mir verfügbaren Ressource Zeit.

Wie sehr tangieren uns, hier verwendet im Sinne einer sogenannten Mehrheitsgesellschaft, queere und trans Themen? Themen um Personen, die häufig nicht als Teil der Mehrheit der Gesellschaft angesehen werden. Wie sehr spielen diese eine Rolle in unserem Leben? Wer beschäftigt sich damit und wer sollte das vielleicht tun? Politik, Medien, Mitmenschen?

Die erste Folge des »ZDF Magazin Royals« aus diesem Monat, mit Jan Böhmermann in der Moderation, beschäftigte sich unter dem Titel »Transfeindlichkeit ist Trend« mit transfeindlichen Positionen innerhalb der politischen und medialen Gesellschaft. Zunächst Titel und Inhalt der Folge außer Acht lassend, ist es beachtlich, dass sich eine Sendung im öffentlich-rechtlichen so intensiv und zugleich kritisch gegenüber Meinungen, die in großen Teilen der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert sind, äußert. Wie deutlich das Thema in die Mitte der Gesellschaft rückt bzw. von Medienproduzierenden gerückt wird, zeigt sich hieran deutlich. Die Belange von trans Personen scheinen nicht mehr ungehört zu bleiben. Vor dem thematischen Einstieg soll zunächst ein Abgleich erfolgen, um definitorisch auf dem gleichen Stand zu sein.

Was meint »trans« und »queer«?

Trans (lat. für jenseits von, darüber hinaus) wird für und von Personen verwendet, die bei Geburt einem Geschlecht, also »männlich« oder »weiblich« zugewiesen wurden, sich diesem aber konträr fühlen bzw. sich mit diesem nicht identifizieren. Eine Transition, also der Prozess der Veränderung der Geschlechtsmerkmale in das erlebte Geschlecht, ist zum Beispiel über Hormonzugaben bis hin zu einer geschlechtsangleichenden Operation möglich, stellt für viele Transpersonen aber kein Muss dar.

Der Begriff »queer« (engl. für seltsam) galt ursprünglich Schimpfwort für homosexuelle und trans Personen. Im Laufe der Zeit eignete sich die Community den Begriff selbst an, wodurch dieser einen Bedeutungswandel erfuhr. Queer wird heute als Selbstbezeichnung von Personen, die sich außerhalb der Heteronormativität verorten, verwendet.

Felicia Ewert ist Politikwissenschaftlerin, Aktivistin und trans Frau. Sie beschreibt in ihrem Buch »Trans. Frau. Sein. Aspekte geschlechtlicher Marginalisierung«

(2018) was für sie trans Sein bedeutet. Ihre Art der sprachlichen Verwendung unterscheidet sich von anderen Selbstbezeichnungen wie »Transfrau«/»Transmann« oder »Transgender«. Sie benutzt das Wort trans als Adjektiv: Ewert ist eine Frau, die trans ist. Trans meint für sie dabei lediglich ein Aspekt ihrer Identität, der aber nicht als bestimmend für die ganze Person aufgefasst werden muss. Es handelt sich um einen Teil von ihr, was aber nicht allumfassend definierendes Moment ihrer Person darstellt. Dadurch soll außerdem deutlich gemacht werden, dass es sich bei trans nicht um ein »drittes« Geschlecht handele. Neben Männern und Frauen, die cis sind, gibt es auch Frauen und Männer, die trans sind. Dies soll zusätzlich die Vielfältigkeit von Geschlecht aufzeigen und einer Spaltung unter Frauen entgegenwirken. Andere Selbstbezeichnungen verlieren dabei keine Gültigkeit.

Das Wort »trans« scheint seit mittlerweile ein paar Jahren stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Sei es weil Gender- und Diversitythemen intensiver in Forschung bearbeitet werden, in Medieninhalte überführt, in sozialen Medien bespielt werden und durch vermehrt zirkulierende Informationen sich Teile der Gesellschaft diesen Themen öffnen können. Oder weil linke Meinungen trotz oder gerade wegen einem generellem Rechtsruck in der Gesellschaft stärker hervortreten als vor ein paar Jahren? Feststellen lässt sich zumindest sicher, dass Unternehmen und Marken das Potential erkannt haben, dass sich mit Diversität Kapital erwirtschaften lässt. Queere Anliegen und Inhalte werden seit Jahren mittels harter Arbeit aus der feministischen, queeren bzw. trans Community bearbeitet und versucht damit in den Mainstream durchzudringen. Diese Themen, die jahrelang im Verborgenen von einzelnen Gruppen bespielt wurden, gelangen nun nach und nach in größere Öffentlichkeiten.

Am 20. November fand am Stephané-Hessel-Platz die Kundgebung zum »Trans* Day of Remembrance« (TDOR) statt. Hierbei wird an die Leben von trans und genderdiversen Personen, deren Ermordung im Laufe des Jahres bekannt wurde, erinnert und diese geehrt. Initiiert wurde dieser Gedenktag von der trans Frau Gwendolyn Ann Smith aus San Francisco. Sie rief den Tag anlässlich der Ermordung an Rita Hester im November 1998 ins Leben. Hester war eine schwarze trans Frau, die in ihrer Wohnung erstochen wurde. Über den Mord gab es nahezu keinerlei Berichterstattung und der Fall gilt als ungeklärt. Migrantische und in Sexarbeit beschäftigte Personen, sind von solchen Taten überproportional betroffen. Smith gründete daraufhin online das Projekt »Remembering Our Dead«, aus dem der internationale »Trans*Day of Remembrance« hervorging. Seitdem wird jedes Jahr am 20. November des Todes von Rita Hester und anderer Opfer transfeindlicher Gewalt gedacht. Der Tag wird meist von einer Themenwoche begleitet (Trans Awareness Week), in der sich unterschiedlicher Aspekte in Informationsveranstaltungen, Workshops oder Beratungsangeboten angenommen werden.

Die Kundgebung in Weimar haben wir einer jungen Genossin aus dem Kreisverband zu verdanken. Yvonne ist als Initiatorin und Ideengeberin vorangegangen und hat diesen wichtigen Gedenktag nach Weimar geholt. Sie erinnerte in ihrer Rede an über 390 ermordete Transpersonen, die in diesem Jahr ihr Leben verloren. Sie klagte an: »Wir stehen zusammen, um ihnen zu gedenken, wovon jede Person zu viel ist. Wir leben in ständiger Angst vor Übergriffen.« Die ständige Angst vor dem nächsten Übergriff sei real und keinesfalls unbegründet, wie sich erneut in diesem Jahr am Rande eines CSDs in Münster zeigte. Dort wurde Malte C., ein Transmann, angegriffen, sodass er kurz danach an der Schwere seiner Verletzungen verstarb. Yvonne berichtete, wie sie selbst immer wieder Opfer von Angriffen wurde und diese nicht nur im Verborgenen, sondern an belebten Orten in Weimar stattfanden. Sie fragt sich zu Recht: »Warum müssen wir uns immer noch erklären? Warum müssen wir noch in Angst leben? In einem Land das eigentlich für Akzeptanz und Vielfalt steht.« Dass von AfD und anderen rechten Akteuren Transmenschen als krank pathologisiert werden und damit Hass geschürt wird, ist für Yvonne ein Erklärungsansatz.

Auch unsere Landesvorsitzende Ulrike Grosse-Röthig solidarisierte sich an diesem Abend mit den Anwesenden sowie der trans Community und prangerte zugleich das fehlerhafte »Transsexuellengesetz« (TSG) an. Das TSG ist ein 1980 verabschiedetes Gesetz, welches die rechtliche Änderung des Geschlechtseintrags bzw. Geburtsnamens in amtlichen Dokumenten regelt. Damit wurden erstmals Rechte für trans Personen in einem Gesetzestext festgeschrieben. Allerdings geht dieser von einem zweigeschlechtlichen System sowie einem biologischen Geschlecht aus und gibt damit die Belange der Betroffenen nicht wieder. Das Gesetz ist in weiten Teilen bereits durch Bundesverfassungsgerichtsurteile als verfassungswidrig erklärt worden. Vielfach wurde in unterschiedlichen Regierungskoalitionen eine grundsätzliche Änderung des TSG angekündigt, doch nicht umgesetzt.

Dass Personen sich einem langwierigen und entwürdigenden Gutachtungsverfahren unterziehen müssen, um zu beweisen, dass das Geschlecht, welches ihnen im Pass dokumentiert wird, nicht mit der eigenen Identität übereinstimmt und sie dieses ablehnen, kritisierte Yvonne ebenfalls in ihrem Redebeitrag. Bis heute schaffte es noch keine Regierung ein für trans und queere Personen annehmbares Selbstbestimmungsgesetz auf den Weg zu bringen. Yvonne hofft weiterhin auf Verbesserung. Denn auch diese Gesetzeslage und Anforderungen, die an trans Personen gestellt werden, sich dauerhaft erklären zu müssen, begünstigt Depressionen und sind zugleich ein Treiber für die hohe Suizidrate innerhalb der Community. Die LINKE fordert im Bundestag zum einen die Aufhebung des Gesetzes und zum anderen die Schaffung rechtlicher Möglichkeiten im Vornamens- und Personenstandsrechts, um allen Menschen zu ermöglichen frei und ohne Hürden diese zu wählen. Außerdem müssen medizinische und psychologische Leistungen für die Betroffenen sichergestellt werden. Auch Yvonne beklagte in Weimar fehlende Anlaufstellen, die auf die psychischen Belange von queeren Menschen spezialisiert sind. Das queere Jugendzentrum in der Schopenhauerstraße arbeitet beispielweise ehrenamtlich, aber kann damit keine ausreichende Hilfe, besonders in medizinischen oder sozialen Notlagen bieten. Von dieser fehlenden Unterstützung zeigte sich Yvonne besonders seitens der Stadt Weimar enttäuscht. Sie appellierte: »Liebe Stadt Weimar, setzt euch für Vielfalt und Toleranz ein!« Das Café Spunk ist ein aktuelles Beispiel, wie rechte Angriffe queere Strukturen und Schutzräume in Weimar zerstören können. Die Kulturstadt Weimar tue nichts, aber gerade sie sollte dies als ihre Aufgabe sehen.

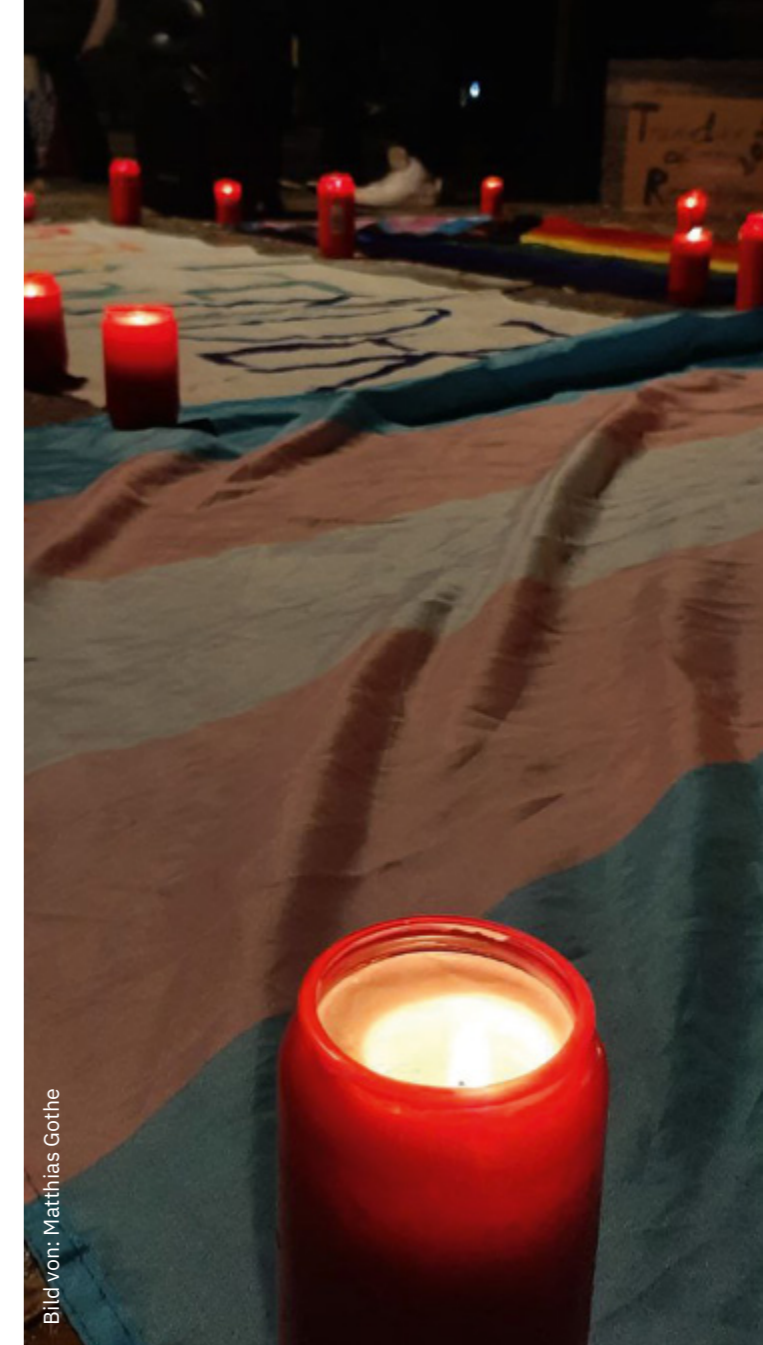


Bild von: Matthias Gothe

Schließen möchte auch ich mit Yvones Worten:
»Alerta, Alerta Queerfeminista!«

Welche Angebote und Anlaufstellen gibt es in Weimar?

Innerhalb des Frauenzentrums Weimar existiert eine Gruppe von Eltern von trans*Kindern, die sich jeden 3. Mittwoch von 17–18.30 Uhr im Monat im Frauenzentrum Weimar in der Schopenhauerstraße 21 treffen. Das nächste wird am 18.01.2023 stattfinden. Informationen gibt es hier <https://frauenzentrum-weimar.de/>

Das »Quweer« ist ein queeres Jugendzentrum, welches im Hinterhof des Frauenzentrums ansässig ist und regelmäßige Treffen on- und offline anbietet. Weitere Informationen hier: <https://www.queerweg.de/projekte/quweer>

¹ Eine Person deren Geschlechtsidentität bzw. geschlechtliches Empfinden mit dem übereinstimmt, welches ihr bei der Geburt zugewiesen wurde. Eine Frau nimmt sich selbst als Frau wahr bzw. ein Mann als Mann.

Ein Künstlerinbuch für Else Goldschmidt.

von Lilli Hallmann

Oder: von Geschichten, die noch zu erzählen sind

Das Jahresende ist ein Übergangsphänomen. Nicht mehr ganz im alten, doch auch noch nicht im neuen Jahr, fordert es sowohl einen kritischen Rückblick als auch ein in die Zukunft gerichtetes Denken heraus. Um schließlich den Übertritt in das Jahr 2023 vollziehen zu können, hilft neben Uhren, Kalendern, Silvesterraketen und Sekt vor allem die Gewissheit, dass man an weiteren 365 Tagen die Chance bekommen wird, zu handeln, zu lernen, die eigene Perspektive zu erweitern, sich einzusetzen für ein empathisches Miteinander; die Gewissheit, dass es auf ein Neues Menschen geben wird, die drängende Fragen stellen oder wichtige Projekte initiieren; die Gewissheit, dass all das notwendig ist. Und so macht das Zwischen-den-Jahren-Sein eben auch deutlich, dass das alte nie ganz abgeschlossen sein wird – und trotzdem ein Übertritt in das neue Jahr möglich ist. Das Alte ist aber kein Rattenschwanz, der unfreiwillig mitgezogen wird. Vielmehr sollte ein gegenwärtiges und die Zukunft adressierendes Handeln bewusst die Vergangenheit mitdenken – ähnlich der Figur des »Eingedenkens«, die Ernst Bloch im Geist der Utopie (1918) beschreibt. Wie Stefano Marchesoni in seiner Dissertation Walter Benjamins Konzept des Eingedenkens. Über Genese und Semantik einer Denkfigur herausarbeitet, verwendet Bloch den Begriff im Sinne eines »nicht endgültig abgeschlossenen«. ¹ Gerade in Deutschland, vor dem Hintergrund des Holocaust, gerade in Thüringen, das im NS als nationalsozialistischer »Muster-Gau« fungierte, ² gerade in Weimar und seiner Nähe zum ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, ist es eine Notwendigkeit, Vergangenheit niemals als abgeschlossen zu betrachten. Weil im NS Millionen Menschen daran gehindert wurden, ihr Leben so zu leben, wie sie es gewollt hätten, wird es immer Geschichten geben, die noch aufzuspüren und zu erzählen sind.

Ein Ort, der den Kontakt zu in Vergessenheit geratenen Lebensgeschichten (wieder) herstellen kann, ist das Archiv. In dem Band *Archivologie. Theorien des Archivs in Wissenschaft, Medien und Künsten* definieren Knut Ebeling und Stephan Günzel das Archiv als ein Ort der Wissensproduktion: »Von hier nehmen bestimmte Geschichten ihren Ausgang, während andere nie erscheinen.« ³ Eine dieser Geschichten, die es aus dem Vergessen herauszulösen gilt, ist die Geschichte von Else Goldschmidt (1898–1975), der ersten Frau, die ihre Zulassung als freie Maklerin an der Berliner Wertpapierbörse erhielt.

Im Rahmen des Buchprojektes *ELSE'S STORY. Aus dem Leben der ersten Börsenmaklerin der Welt* führt Katrin Richter, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bauhaus-Universität Weimar, archivarische Spuren zu einer Biografie-Erzählung zusammen. Als Katrin Richter vor einigen Jahren ihre Dissertation zum Thema *Die Medien der Börse. Eine Wissensgeschichte der Berliner Börse von 1860 bis 1933* veröffentlichte, ⁴ war vermutlich noch nicht absehbar, dass dies zugleich der Grundstein für das Projekt *ELSE'S STORY* sein würde. Legte Richter in ihrer Dissertationsschrift den Fokus darauf, wie sich die Einführung neuer Medienformate (z. B. des Telefons) auf ökonomische Wissensformationen auswirkten und endet die Analyse mit dem Jahr der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten, widmet sich *ELSE'S STORY* nun einer konkreten Person im Umfeld der Berliner Börse. Dabei wird insbesondere deren Situation als Frau in einem männlich geprägten Milieu erforscht, sowie die Auswirkungen des nationalsozialistischen Antisemitismus, von denen sie als Jüdin und damit Verfolgte des NS-Regimes betroffen war.

Zahlreiche Details konnte Katrin Richter in ihrer bisherigen mühevollen Recherchearbeit aufspüren, sodass das Wissen über das Leben Else Goldschmidts kontinuierlich wächst und zu einem Bestandteil »lebendiger Erinnerungskultur« (Richter) wird.

Bei den im Folgenden zusammengetragenen Forschungsergebnissen handelt es sich um eine leicht gekürzte Fassung eines unveröffentlichten Textes, der anlässlich der von Katrin Richter organisierten Stolpersteinverlegung am 16. Juni 2022 für Else, Ella (Elses Mutter) und Gerda Goldschmidt (Elses Schwester) in der Dernburgstraße 4 in Berlin-Charlottenburg entstanden war. ⁵

ELSE GOLDSCHMIDT wurde 1898 in Berlin geboren, wo sie in einem liberalen, jüdischen Elternhaus aufwuchs. Nach dem Schulbesuch wurde sie im väterlichen Bankkommissionsgeschäft ausgebildet. Parallel dazu besuchte sie die Selektta einer Berliner Handelsschule für Mädchen. Hier schloss sie mit Auszeichnung ab. Daraufhin trat Else Goldschmidt in die väterliche Bankfirma ein. Nach dessen Tod übernahm sie – 24-jährig – die Bankfirma gemeinsam mit ihrer Mutter. Durch die Umbildung in eine offene Handelsgesellschaft (OHG) fungierte Goldschmidt wenige Jahre später als persönlich haftende Gesellschafterin und Geschäftsführerin. Um das Unternehmen erfolgreich auszurichten, beantragte



Ein Zeitungsausschnitt über Else Goldschmidt in der Staatsbibliothek zu Berlin, Foto: Katrin Richter, 2022.

sie die Zulassung zur Berliner Wertpapierbörse. 1927 erhielt sie als erste Frau Deutschlands die Konzession und war berechtigt, während der Börsenversammlungen der Effektenmaklertätigkeit nachzugehen. Katrin Richter erläutert, dass dieser international viel beachtete Schritt durch die in der Weimarer Republik geänderte Börsengesetzgebung (28.12.1921) möglich geworden war, durch den der jahrhundertlange Börsenausschluss von Frauen aufgehoben worden war. Da während der Weltwirtschaftskrise die Berliner Börse monatelang geschlossen war, konnte Else Goldschmidt keine Einkünfte erzielen. Wie Richter aufspüren konnte, organisierte Goldschmidt in dieser Zeit gemeinsam mit anderen Börsenmaklern Unterstützungsleistungen im Kontext der »Notgemeinschaft Berliner Fondsmakler«. Infolge der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde ihr ab dem 01.04.1933 der Zutritt zur Berliner Börse untersagt und mit Wirkung vom 01.10.1933 die Zulassung zur Berliner Börse entzogen. Trotz diverser Eingaben an die Berliner Handelskammer und den Reichsminister für Wirtschaft und Arbeit durfte sie nicht mehr den Börsen- und Bankgeschäften bzw. anderen Erwerbsmöglichkeiten nachgehen, hatte keine Einnahmequellen mehr und verlor durch das Berufsverbot ihre Existenz in Deutschland. Um ihr Leben und das ihrer Angehörigen zu schützen und dennoch in ihrem Beruf tätig zu sein, emigrierte sie 1934 nach Johannesburg (Südafrika). Sie wurde Effektenbuchhalterin bei einem Börsenmakler, wechselte 1937 in die Effektenabteilung einer Finanzgesellschaft und nahm 1942 am Aufbau einer neuen Finanzgesellschaft teil, bei der sie bis 1947 blieb. Zwei Jahre nach ihrer Emigration heiratete Else Goldschmidt den Kaufmann Kurt Hirsch, der 1933 ebenfalls aus Deutschland emigriert war. 1940 brachte Else Goldschmidt ihren Sohn Clive zur Welt. Katrin Richter ist es während ihrer Recherchearbeiten gelungen, Kontakt zu dem in Jerusalem lebenden Clive Hirsch aufzunehmen. Dessen Vater Kurt gründete eine Bekleidungsfirma in Johannesburg, in der Else Hirsch als Buchhalterin arbeitete. 1955 stellte sie den Entschädigungsantrag nach dem Bundesentschädigungsgesetz und erhielt Entschädigung für den Schaden an Körper und Gesundheit, am beruflichen Fortkommen und am Vermögen. Else Hirsch, geb. Goldschmidt, starb am 19.12.1975 in Johannesburg.

Richters Absicht ist es, »die einzelnen Lebensstationen von Else Goldschmidt als Momente von Um-/Brüchen« als wissenschaftliche Bildessays zu beschreiben. Die Publikation über Else Goldschmidt ist jedoch nicht als klassische Biografie-Rekonstruktion angelegt. Vielmehr, so Richter, ist hier ein »Künstlerinbuch«

im Entstehen, das sich aus erstmalig veröffentlichten Fotografien, bis dato unerforschten Archivalien und Zeitzeug:innen-Berichten der Nachfahren – Clive und seiner Frau Susan Hirsch – zusammensetzt, aufwendig durch die Buchgestalterin Ricarda Löser gestaltet und lokal gedruckt wird sowie in deutscher und englischer Sprache erscheint, um vielen Menschen den Zugang zu ermöglichen. Im Fokus stehen zwölf Kapitel, die sich den Themen Heimat, Aufbruch, Wagemut, Zufall, Engagement, Krise, Emigration, Staatsbürgerschaft, Familie, Emanzipation, Menschenrechte sowie Glaube widmen. Eingeleitet werden die einzelnen Lebensstationen Goldschmidts durch Texte, die exakt aus 100 Worten bestehen. Diese 100-Worte-Texte tragen Studierende und junge Wissenschaftler:innen der Bauhaus-Universität Weimar und der Theaterakademie »August Everding« München bei. »Auf diese besondere Weise wird der Bezug zum Hier-Heute-Jetzt hergestellt«, betont Richter. Mit dem LUCIA Verlag, einem studentischen Non-Profit-Unternehmen aus Weimar, beteiligt sich ein weiterer regionaler Akteur an dem Buchprojekt *ELSE'S STORY*. Ziel ist es, die Publikation im Sommer 2023 der Öffentlichkeit vorzustellen. Aufgrund der finanziellen Förderungen durch die Bauhaus-Universität Weimar, den Freundeskreis der Bauhaus-Universität Weimar e.V. und der Sparkassen-Stiftung Weimar-Weimarer Land ist es möglich, die Einnahmen aus dem Verkauf der Bücher neuen studentischen Publikationsprojekten an der Bauhaus-Universität Weimar zugutekommen zu lassen.

¹ Stefano Marchesoni: *Walter Benjamins Konzept des Eingedenkens. Über Genese und Semantik einer Denkfigur*, Berlin 2016. Zum Begriff des Eingedenkens bei Ernst Bloch siehe v. a.: S. 9-44, hier: S. 14.

² Weiterführende Literatur: Paul Weindling: »Mustergau« Thüringen: Rassenhygiene zwischen Ideologie und Machtpolitik, in: Uwe Hofßfeld et. al. (Hg.): *Kämpferische Wissenschaft. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus*, Köln, Weimar, Wien 2003, S. 1013–1026.

³ Knut Ebeling, Stephan Günzel: *Einleitung*, in: diess. (Hg.): *Archivologie Theorien des Archivs in Wissenschaft, Medien und Künsten*, Berlin 2009, S. 7–26, hier: S. 9.

⁴ Katrin Richter: *Die Medien der Börse. Eine Wissensgeschichte der Berliner Börse von 1860 bis 1933*, Berlin 2020.

⁵ Für die freundliche Genehmigung bedanken wir uns herzlich bei Katrin Richter.



Ein Zeitungsausschnitt über Else Goldschmidt in der Staatsbibliothek zu Berlin, Foto: Katrin Richter, 2022.

Der etwas andere Wunschzettel

von Lisa Günther



Bild von Pixabay/blend12

Es ist Weihnachtszeit, eigentlich eine Zeit im Jahr, in der die Menschen zusammen rücken, füreinander da sind, bei Konflikten und Unstimmigkeiten aufeinander zugehen, hilfsbereit sind, vor allem mit den schwächsten der Gesellschaft. Leider kann ich in diesem Jahr von all dem nicht so viel erkennen. Hass, Gewalt und Hohn gehen weiter wie bisher, jeder ist sich selbst der Nächste und ist vor allem damit beschäftigt für sein eigenes Wohl zu sorgen, was angesichts multipler Krisen wohl auch verständlich ist.

Aber es ist eben auch Weihnachtszeit und vor allem für Kinder gehört das »Wunschzettel schreiben« zur vorweihnachtlichen Tradition wie der Adventskalender oder Plätzchen backen. Da auch ich als erwachsene Person Wünsche habe, habe ich in diesem Jahr auch einen Wunschzettel geschrieben. Der ist natürlich nicht an den Weihnachtsmann gerichtet, sondern an uns als Gesellschaft und an die Politiker:innen in den Parlamenten.

Hier nun meine Weihnachtswünsche:

Ich wünsche mir, dass niemand aufgrund seines Geschlechtes, seiner sexuellen Orientierung, seiner Hautfarbe oder seiner politischen Einstellung Angst haben muss in die Stadt oder in den nächsten Supermarkt zu gehen, weil er/sie befürchten muss verbal oder körperlich angegriffen zu werden. Leider war dies in den letzten Wochen und Monaten häufiger der Fall.

Ich wünsche mir, dass man Montags wieder durch die Stadt gehen kann, ohne Sorge haben zu müssen aggressiven Querdenkern oder Rechtsextremen in die Arme zu laufen.

Ich wünsche mir, dass niemand Sorge haben muss, seine/ihre Wohnung zu verlieren, weil er/ sie die Mieterhöhung oder die Nebenkosten nicht zahlen kann.

Ich wünsche mir, dass kein Mensch bei diesen eisigen Temperaturen frieren muss, weil er/sie es sich aufgrund der hohen Energiepreise nicht mehr leisten kann

zu heizen. Die hohen Energiepreise gehen vor allem zu Lasten derer die so schon kaum wissen, wie das Geld bis zum Ende des Monats reichen soll und das obwohl die Gasspeicher voll sind und EON, Shell und Co. fette Gewinne einfahren.

Ich wünsche mir, dass Menschen die ein politisches Amt bekleiden, nicht in ihrem Zuhause bedroht werden, weil den Leuten die Politik die sie machen nicht gefällt oder die Partei nicht genehm ist. Auch das diejenigen, die diese PolitikerInnen vor dem Haus versuchen zu schützen, nicht auch noch kriminalisiert werden.

Ich wünsche mir, dass die Regierung echte Entlastungen für HartzIV -Bezieher:innen und GeringverdienerInnen auf den Weg bringt und im Stande ist, diese auch vor den Konservativen zu verteidigen, statt einzuknicken.

Ich wünsche mir, dass wir mit Kindern genauso solidarisch sind, wie mit den Alten und Kranken zu Anfang der Corona-Pandemie. Jedes 2. Krankenhaus in Deutschland musste Kinder abweisen, weil sie kein Personal hatten. Das kann am Ende für die kleinen Patienten lebensbedrohlich werden.

Ich wünsche mir eine Stadtspitze für die nicht das Öffentlich Machen von rechten Straftaten (wie in der Ausstellung »Reclaim the City«) das Problem ist, sondern die rechten Straftaten.

Ich wünsche mir, dass Projekte und Initiativen die Schutzräume und Beratungsstellen für Betroffene von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt, nicht um ihre Existenz bangen müssen, weil ihnen konservative Männer gerne die Gelder für das nächste Haushaltsjahr streichen wollen (Frauenzentrum Brennessel in Erfurt).

Ich wünsche mir eine wehrhafte demokratische Gesellschaft, die jeden/jede in seine/ihre Schranken weist, der/die nicht mit beiden Beinen auf unserer Verfassung steht, vielleicht sogar davon träumt der nächste Kaiser von Deutschland zu werden.

Ich wünsche mir, dass niemand draußen erfrieren muss, weil er keinen Platz im Obdachlosenheim oder in einer Notschlafstelle bekommen hat.

Ich wünsche mir, dass trotz der ganzen Krisen der Klimaschutz nicht aus den Augen verloren wird, sondern dass wir uns weiter für eine Energie – und Verkehrswende und für noch viel mehr einsetzen. Die letzte Generation klebt sich nicht aus Spaß an der Freude auf Straßen oder Jets, sondern aus purer Verzweiflung. Leider hat in den letzten Jahren die heranrollende und über uns hereinbrechende Klimakrise niemanden wirklich beeindruckt.

Und als letztes wünsche ich mir, mehr Solidarität, mehr Verständnis füreinander, mehr echten Dialog mit empathischen Zuhören, mehr Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft und mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Und das nicht, weil gerade Weihnachten ist, sondern 12 Monate im Jahr!

Gin Tonic mit Gurke

Kurzgeschichte von Sabine Berninger

Die folgende Analogie entstand am 30. Dezember 2020, kurz vor Silvester des ersten Pandemie-Jahres. Sie wurde im Juni 2022 im vom THK-Verlag herausgegebenen »Arnstädter Almanach 2021« – in redigierter Form – als Zweitplatzierte seines Kurzgeschichten-Wettbewerbs veröffentlicht.

Jedes Jahr am Vorabend von Silvester treffen sich das bald zu Ende gehende und das künftige Jahr bei zwei, drei Drinks – traditionell Bloody Mary – zu einer Art Übergabe der Geschäfte. In früheren Zeiten waren diese Treffen richtige langwierige und anstrengende Arbeitstermine: das vergehende Jahr legte die wichtigen Akten vor, erläuterte dies und jenes und gab dem Neuen viele Tipps, wie mit diesem und jenem Problem oder Besonderheiten umzugehen sei. Aber in Zeiten des Internet liegen die relevanten Dokumente in der Cloud, Unklarheiten haben sich die künftigen Jahre schon selbst ergoogt und können diese auch jederzeit im Netz nachschlagen. Außerdem ist die Ausbildung der Künftigen in den letzten Jahrzehnten differenzierter und tiefgründiger geworden, eine detailgenaue Einweisung und Übergabe braucht es schon lange nicht mehr. Dennoch wurde diese Tradition beibehalten, als teambildende, kollegiale Maßnahme sozusagen: um die Leistung des Vergehenden zu würdigen, ihm/ihr* Respekt zu erweisen. Und um dem Künftigen ein bisschen die Angst zu nehmen und das Lampenfieber zu dämpfen.

Geblichen sind der Ort des Treffens – beim alten Jahr, es kann ja noch nicht weg – und, dass das Künftige die Zutaten für die Drinks besorgt und mitbringt.

»Wozu denn eine Gurke?«, fragt 2020 erstaunt, als das Künftige am Küchentisch seinen Jutebeutel beginnt auszupacken. »Wir wollen doch nicht essen? Und falls Du Hunger hast, dann könnten wir im Restaurant um die Ecke was bestellen. Die liefern nämlich neuerdings. Zum Selberkochen hab ich heute keine Muße. Und bloß weil ich paar Pfunde zugelegt habe, werd ich nicht jetzt auf meine alten Tage noch Salat essen.«

»Ich hab keinen Hunger, hab vorhin erst gegessen. Die Gurke ist für die Drinks. Bloody Mary wird heuer nix. Im Supermarkt gab's keinen Bleichsellerie. Dort waren die Gemüseboxen wie leergefegt. Wahrscheinlich bestellen die Märkte im Lockdown weniger frisches Gemüse, sind ja auch weniger Menschen zum Einkaufen da als sonst.«

»Ach verflixt«, entfährt es dem Vergehenden resigniert. »Das werden sie auch wieder mir anhängen.«

»Wer wird Dir was anhängen?«

»Dass die Märkte leer sind. Die Leute. Für die bin ich an allem Schuld, was während meines annos geschehen ist. Natürlich bloß an allem Schlechten. Das Gute habe sie immer selber vollbracht, diese Menschen. Ach, lassen wir das. Was trinken wir denn heute, wenn's keine Bloody Mary gibt?«

»Gin Tonic.«

»Gin Tonic? Mit Gurke?«

»Ja, das trinkt man jetzt so. Schmeckt auch, schön frisch. Außerdem gab's auch keine Zitronen mehr.«

Später sitzen sie in 2020s Wohnstube in den Ohrensesseln am Bollerofen, genießen ihre Drinks – Gin Tonic mit Gurke (man muss die Gurkenscheiben – 2-3 pro Drink – schälen, zu den Eiswürfeln ins Glas geben und Gin und Tonic darüberlaufen lassen, dann wird's am besten) – und das Zukünftige denkt insgeheim, dass das eine gute neue Tradition sein könnte, Bloody Mary hat es noch nie so richtig gemocht – und reden.

Hauptsächlich redet 2020.



Darüber, wie es am 01.01. anfang. Wie leicht alles schien und sich die Zeit ganz einfach laufen ließ. Und darüber, wie plötzlich, ganz kurz nach dem Beginn, die Stimmen immer mehr wurden, die »2020 kann weg.« und »Was für ein Jahr!« (negativ gemeint, nicht bewundernd oder dankbar) sagten oder twitterten. Und dass es irgendwann im Frühsommer gerne in Kurzarbeit gegangen wäre, das aber nicht möglich war. Dann eben Homeoffice, hatte es sich gedacht, aber das machte es auch nicht besser.

Es wurde immer schlimmer: während seiner Amtszeit wurden Waffen an Schurken verkauft, keiner kümmerte sich so richtig um die großen Aufgaben der Zeit (und wenn, dann nur halbherzig oder falsch), ein Präsident eines wichtigen Landes schien immer mehr auszufliegen, im Mittelmeer ließen sie weiterhin Menschen ertrinken, auf den Inseln dort hielten sie sie in widrigsten Verhältnissen fest, Nazis und Rassist*innen saßen seit ein paar Jahren schon in Parlamenten und Regierungen (viele davon hatte 2020 schon von seiner Vorgängerin berichtet bekommen, aber gedacht, das könne in seinem anno gelöst oder eine Lösung zumindest begonnen werden). Und das mit der Pandemie haben sie auch nicht hinbekommen.

»Und jetzt, seit der Dezember begonnen hat, geben sie es mir nochmal so richtig: ‚2020 setzt noch einen drauf.‘ oder ‚2020 gibt nochmal alles.‘ kommentieren sie, wenn nahe Angehörige sich an diesem Virus infizieren oder erkranken oder gar damit sterben. Ich hab es so satt. Mir graut davor, wie sie mich in Erinnerung behalten werden, obwohl sie es selbst verbockt haben. Also: viele, nicht alle. Aber die Erinnerung wird das immer alles mit mir verbinden.«

2020 leert sein Glas in einem Zug und geht in die Küche, um neues Eis zu holen. 2021 bleibt bedrückt zurück, legt im Bollerofen noch zwei Kohlen nach.

Als zwei neue Gin Tonic eingekauft sind, 2020 wieder im Sessel sitzt und nachdenklich in sein Glas starrt, bricht 2021 das gemeinschaftliche Schweigen: »Es sind so große Aufgaben, ich hab Schiss, dass ich das alles gar nicht packe.«

»Ja, große Aufgaben, aber nicht Deine.«

»Nicht meine?«

»Nein, das sind der Menschen Aufgaben.«

»Und was ist dann meine?«

»Du gibst ihnen bloß die Zeit, sie anzupacken. Ich wünsche, sie geben Dir eine Chance.«

»Und wie krieg ich das hin?«

»Das kriegst nicht Du hin, das müssen die Menschen hinbekommen.«

Neue Mehrheiten führen zu guten Beschlüssen in Apolda

von
Michael Schade

Seit dem Frühjahr haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat Apolda grundsätzlich geändert. Die »Allianz für Apolda« aus CDU/FDP und Freien Wählern hat sich im Streit getrennt. Nun sind Initiativen mit wechselnden Mehrheiten möglich. Die Fraktion ROT/ROT/GRÜN nutzt diese Situation, um eigene politische Inhalte auf die Tagesordnung und durch den Stadtrat zu bringen.

So konnten in der letzten Sitzung des Stadtrates am 23. November, gemeinsam mit der CDU/FDP-Fraktion wichtige Vorhaben umgesetzt werden. So wurde die Geschäftsordnung gegen die Fraktionen der Freien Wähler (mit dem Bürgermeister) und der AfD in einigen Punkten modernisiert und demokratisiert. Ab sofort gibt es für die Fraktionen die Möglichkeit, aktuelle Stunden zu beantragen. Damit können aktuelle Themen ohne antragstechnische Verrenkungen kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Weiterhin muss der Bürgermeister die Stadträte nun regelmäßig über die Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse informieren. In der Vergangenheit war es vermehrt dazu gekommen, dass Beschlüsse einfach in den Akten verschwanden.

Die Mitglieder der Ausschüsse haben nun mit dem ständigen Tagesordnungspunkt »Anfragen der Mitglieder des Ausschusses« die Möglichkeit, tagesaktuell und zeitnah Fragen an die Verwaltung zu stellen. Das war vorher nur mit dem Wohlwollen des Bürgermeisters möglich.

Und schließlich müssen Anträge zum Geschäftsgang »Antrag auf Sitzungsunterbrechung« nicht mehr abgestimmt werden. Die Sitzungsunterbrechung, so bei wichtigen Abstimmungsverfahren in der und mit anderen Fraktionen wird durch den Vorsitzenden des Stadtrates sofort hergestellt.

Ein weiterer, gerade im aktuellen Tagesgeschehen sehr wichtiger Beschluss, konnte gegen den heftigen Widerstand der Fraktion Freie Wähler und dem Bürgermeister umgesetzt werden. So wurde der Bürgermeister beauftragt 3 Mio. € als eine kurzfristige unterjährige Zwischenfinanzierung für die städtischen Gesellschaften aus der Allgemeinen Rücklage als möglichen Puffer für liquide Engpässe im nächsten Haushalt einzuplanen. Dies ist insofern von Bedeutung, da die aus der Energiekrise resultierenden möglichen finanziellen Engpässe zu Zahlungsproblemen führen können.

Der Bürgermeister wurde zudem als Aufsichtsratsvorsitzender des kommunalen Energieanbieters EVA beauftragt, im Aufsichtsrat einen Beschluss herbeizuführen, dass diese Gesellschaft auf einen Teil der Gewinnausschüttung verzichtet und stattdessen einen temporären Härtefallfond für die Bürgerinnen und Bürger einzurichten. So sollen Situationen verhindert werden, in denen Mieter ihre Wohnungen wegen Zahlungsproblemen verlieren oder in einer kalten Wohnung sitzen müssen.

Ein weiterer Beschluss beinhaltet die Beauftragung des Bürgermeisters, die Bebauungspläne und Gestaltungssatzungen zu durchforsten, um Hürden bei der Errichtung von Anlagen zur erneuerbaren Energieproduktion aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasser und Geothermie zu eruieren. Ziel ist es, die Eigenversorgung von Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern zielgerichteter auf den Weg bringen – ein Beschluss der energiepolitisch nachhaltig und fachlich sinnvoll ist.

Schließlich wurde der Bürgermeister beauftragt bis Ende Januar ein Bürgergespräch, gemeinsam mit dem kommunalen Energieversorger zur aktuellen Versorgungssituation der Kreisstadt, durchzuführen.

Der Bürgermeister igelt sich derweil immer mehr in seiner Verwaltung ein, versucht die Kompetenzen der Räte zu beschneiden und die Sitzungsstruktur ausdünnen. Deshalb wurde der Antrag eingebracht und beschlossen, eine Sondersitzung des Hauptausschusses noch im Monat Januar einzuberufen. In diesem soll es u.a. um die aktuelle Situation der Energieversorgung der Bürgerinnen und Bürger gehen.

Nahverkehrs-Überteuerung in Weimar

von Michel Triemer



Jackmann begleitet mich (noch!) kostenlos, ihre beste Freundin zahlt bald 1,70€ für die Kinder-Einzelfahrt. Bild von Michel Triemer

Um annähernd alle Vorteile eines besseren öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für verschiedenste politische Herausforderungen herauszuarbeiten, bräuchte es eine ganze Ginkgoblatt-Ausgabe. Fast jeder einzelne davon rechtfertigt für sich allein solidarisch finanzierte Subventionen aus der Staatskasse, um die Wahrnehmung des ÖPNV attraktiver zu machen und Nutzungsanreize zu setzen. Im Mittelpunkt steht der gesellschaftliche Wert, der über den individuellen Nutzen hinausgeht. Ersterer entsteht jedes Mal, wenn wir uns statt für das Auto für Bus oder Bahn entscheiden.

Der aktuelle Zustand des Verkehrsverbunds Mittelthüringen (VMT) wird dem nicht gerecht. Begrenzte Ressourcen und Belegschaften oder das schwierige politische Umfeld rechtfertigen weder, dass Potentiale nicht ausgeschöpft werden, noch, dass keine positiven Entwicklungen zu verzeichnen sind. Wir haben es mit einem mangelhaften Produkt zu tun, das immer teurer wird. Im Wahlkampf 2019, als eine Einzelfahrt 2,10€ kostete, forderten wir perspektivisch kostenfreien Nahverkehr; Oberbürgermeister Kleine wollte ein 1€-Ticket. Während sich im August Busfahren in Weimar mit dem 9€-Ticket erstmals preiswert anfühlte, erfolgte still und leise eine Verteuerung im VMT. Weil diese »Tarifanpassung« unter 5% lag, musste der Weimarer Stadtrat nicht gefragt werden. In der letzten Sitzung sahen sich die Rät:innen in der vertraglichen Erpressungslage, einer weiteren fast 8%igen Erhöhung für April 2023 zuzustimmen – nach nur vier Monaten auf 2,50€. Weimar hätte andernfalls die 4,5 Millionen €, die die Preiserhöhung VMT-weit ausmacht, allein tragen oder wahlweise aus dem Verbund ausscheiden müssen. Das ist so geregelt, weil es ein VMT-Gremienmitglied gibt, das sich solche Summen leisten könnte: der Freistaat. Letzterer hat aber entschieden, hart zu verhandeln und die Nachteile aller Welten im Kompromiss zu vereinen, indem er dieses Jahr zwar 10 Millionen zuschießt, sich es aber nicht leistet, zu sagen: »Die Preise bleiben!« Die Übernahme der Restsumme hätte

ein Leuchtturm konsequent sozial-ökologischer Regierungspolitik sein können, den wir nicht hätten verstecken müssen. Diese Willensbildung des Landesverbands sollte nachgeholt werden. Grundsätzlich muss DIE LINKE. Thüringen über die Zukunft des VMT als Verkehrsverbund sprechen.

Den Antrag unserer Fraktion, im Weimarer Citytarif zu mindestens bei den Preisen von August zu bleiben, mussten wir zurückziehen, da nicht auszuschließen war, dass Weimar trotzdem die gesamte Zeche zahlt. Es gab auch Hoffnung: Oberbürgermeister Kleine nahm den Antrag zum Anlass, seine Redebereitschaft über einen entkoppelten CityTarif in zukünftigen Tarifverhandlungen auszudrücken. Das werden wir wahrnehmen, denn warum sollten in Weimar, wo Strecken kurz sind und ganze Teile des Tages gar kein Verkehr stattfindet, für Einzelfahrten dieselben Preise aufgerufen werden, wie in Erfurt oder Jena? Vergünstigungen durch Entkopplung werden vermutlich Grenzen haben. Deshalb werden wir vorschlagen, dass es mehr Wert gibt, wo etwas mehr kostet.

So existieren neben den o.g. Einzelfahrscheinen Angebote wie die 4-Fahrtenkarte und Zeitkarten (Tage, Wochen, Monate). Diese werden unattraktiv, falls vorher als Einzelfahrt zur Vorverkaufsstelle gefahren werden muss. Zeitkarten verbilligen das sonstige Angebot im VMT, aber nur, wenn Anschlussfahrtscheine in den Stadtbussen verfügbar sind. Alle Fahrscheine sollen beim Einstieg erhältlich werden. Anreize zum Vorverkauf sind nutzlos, wenn Verkaufsstellen nicht erreichbar sind. Jede 4-Fahrtenkarte spart Verkaufsvorgänge dreier Einzelfahrscheine beim Einstieg.

Ein häufiger Grund zum Auto zu greifen, sind kurze Besorgungsfahrten. Das wird umso verständlicher, wenn nun der Hin- und Rückweg, um etwas z.B. im Atrium zu holen, insgesamt 5€ (4,50€ bei 4-Fahrten) kosten soll. Diese Karten gelten für 60 Minuten. Würden sie auch für Rund- und Rückfahrten gelten, lägen wir mit 1,25€ (1,125€) pro Strecke sehr nahe am Ideal des 1€-Tickets. Weimar ist klein genug, um von fast jeder Stelle aus innerhalb einer Stunde zurück zu sein und Einzelhandel gibt es in allen Stadtteilen.

Keines der Monatskartenangebote ist zudem mit den Möglichkeiten von Autos vergleichbar. Es braucht ein Angebot, mit dem zumindest der Wocheneinkauf mit Partner:in oder die kostenlose Mitnahme von Kindern ganztägig möglich wird. Weimar sollte sich dafür einsetzen, ganztägig das Hopperticket verfügbar zu machen. Der Unübersichtlichkeit der Tarife kann eine bessere Schulung derjenigen Personen entgegenwirken, die die Fahrkarten verkaufen, dazu beraten oder sie kontrollieren. Außerdem wollen wir den Automatismus unterbinden, dass 5% Preiserhöhung jährlich praktisch feststehen, indem der Stadtrat fortan ausnahmslos entscheidet. Der Stadtrat braucht zudem Mitspracherecht bei Beförderungsbedingungen gegen versteckte Erhöhungen.

P.S.: Das Sozialticket ist ab 2. Januar am Goetheplatz erhältlich. Ein Termin im Bürgerbüro ist nicht mehr nötig. Ein Antrag, der sich erledigt hat.

Ein Schritt nach vorn und zwei zurück im Weimarer Land

von Kevin Reichenbach

Der Tagesordnungspunkt 11 der letzten Sitzung des Kreistages beschäftigte sich mal wieder mit der Personenverkehrsgesellschaft mbH Weimarer Land. Bereits in der Sitzung im Juli hatte dem Kreistag eine Vorlage vorgelegen, die massive Streichungen im Angebot der PVG beinhalten sollte. Dabei sollten bei insgesamt 19 Linien über das ganze Kreisgebiet hin einzelne Verbindungen gestrichen werden. Damit sollten die Ausgaben bei der PVG deutlich reduziert werden. Da die Angaben zur Auslastung der Verbindungen nicht eindeutig waren, schickte der Kreistag die Vorlage zur Überarbeitung zurück in die Verwaltung. Gleichzeitig verständigte sich der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr darauf, dass der Kreis die Erarbeitung eines integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes in Auftrag geben solle, das alle Verkehrsarten im Kreis, von Fußgänger- und Radverkehr über den ÖPNV mit Bussen und Bahnen bis hin zum Individualverkehr unter die Lupe nehmen sollte. Diese Beschlussvorlage wanderte mit dem Vorschlag zur Linienanpassung in die Verwaltung, inklusive dem Änderungsantrag der Linksfraktion, bei der Erarbeitung des Konzeptes die Fraktionen durch die Bildung einer Arbeitsgruppe mit einzubeziehen.

Nun lagen die Vorlagen wieder auf dem Tisch. Die Verwaltung hatte den Vorschlag zur Linienanpassung nochmals überarbeitet, doch die dazugehörigen Informationen waren immer noch überschaubar. Nun sollten auf elf Linien Streichungen erfolgen. Dabei sollten etwa 125.000 Fahrplankilometer eingespart werden. Als Angabe über die aktuelle Auslastung der einzelnen Verbindungen war nur »keine Fahrgäste« zu lesen. Eine Nachfrage ergab, dass diese Angabe eine Zahl von null bis zwei Fahrgäste bedeutete. Die finanzielle Ersparnis der Streichungen soll laut Schätzungen der PVG hier übrigens bei 42.000 Euro liegen, eine eher bescheidene Summe in Anbetracht des großen Kostendrucks, dem die PVG unterliegt. Man möchte schon fast von einem »Tropfen auf dem heißen Stein« sprechen.

Ärgerlich ist hierbei vor allem, dass die sehr geringe Kostenersparnis dennoch auch Ärger verursachen wird, mindestens bei den null bis zwei Fahrgästen, die diese Verbindungen eben doch genutzt haben. Das Angebot auszudünnen – gerade im ländlichen Raum – ist immer ein falsches Signal. Wir hätten uns zudem etwas mehr Besonnenheit gewünscht, schließlich will die Bundesregierung ja ein bundesweites Nahverkehrsticket einführen, dessen Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen noch nicht absehbar sind. Die Erfahrungen aus Juni, Juli und August dieses Jahres haben gezeigt, dass ein kostengünstiger ÖPNV auch im Weimarer Land zu Steigerungen der Fahrgastzahlen führt.

Neben den noch nicht absehbaren Folgen des 49-Euro-Tickets hätten man auch die Erarbeitung des integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes abwarten sollen. Hier wird das ganze Netz der PVG eh auf den Prüfstand gestellt und mit ziemlicher Sicherheit neu geordnet. Warum also schon jetzt für Unmut und Unsicherheit sorgen? Wenn man durch die Linienanpassung Fahrgäste vergrault, werden sie mit ziemlicher Sicherheit nicht zur PVG zurückkehren. Für kurzfristigen Erfolg hat man hier wieder den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht und wieder wenig Weitsicht bewiesen. Der Antrag zur Erstellung eines Verkehrsentwicklungskonzeptes wurde in die Vorlage zur Linienanpassung integriert und konnte deshalb nicht getrennt davon behandelt werden. Über den Antrag der Linksfraktionen die Fraktionen mit der Bildung einer Arbeitsgruppe am Prozess zu beteiligen wurde diskutiert. Landrätin und CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring plädierten dagegen. Sie meinten eine solche Arbeitsgruppe wäre ja bereits mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr gegeben. Dies sah glücklicherweise eine hauchdünne Mehrheit des Kreistages, u.a. auch der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, anders und stimmte für unseren Änderungsantrag. Wenigstens ein kleiner Erfolg.

Mit der Erarbeitung des integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes wird der Kreis gerade beim ÖPNV einen Schritt nach vorne machen. Bei der letzten Kreistagsitzung hat er aber vorher zwei Schritte zurück gemacht.

Kreisräte beschneiden ihr Fragerecht

von Gudrun Kittel

Die jetzige Geschäftsordnung des Kreistages Weimarer Land sieht keine direkten Anfragen durch die Mitglieder des Kreistages oder ihrer Fraktionen vor. Bereits 2013 hatte die Fraktion Die Linke in einem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung u.a. das Anfragerecht aus dem Kreistag thematisiert. Der damalige Landrat hat sich massiv gegen ein solches Recht gewandt, die Mehrheit des damaligen Kreistages hatten sich ihm angeschlossen, eine diesbezügliche Änderung der Geschäftsordnung kam nicht zu Stande.

Unsere aktuelle Fraktion war jedoch der Auffassung, dass die Verankerung des Anfragerechtes jedes Kreisratsmitgliedes oder einer Fraktion in der Geschäftsordnung unseres Kreistages längst überfällig sei.

Dazu gibt es zahlreiche Rechtsprechungen von Verwaltungsgerichten aus den vergangenen Jahren, die klar festgestellt haben, dass dieses Recht aus dem Informationsanspruch jedes Gemeinderatsmitgliedes zur Ausübung seines Mandates erwächst.

Eigene Recherchen haben ergeben, dass tatsächlich ausnahmslos alle anderen Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte in ihren gegenwärtigen rechtskräftigen Geschäftsordnungen Regelungen zum Fragerecht aus dem Kreistag bzw. dem Informationsrecht getroffen haben.

Die dort getroffenen Regelungen sind unterschiedlich ausgestaltet und reichen in einigen Landkreisen neben der Möglichkeit der Anfragen aus dem Kreistag noch deutlich weiter bis hin zu Regelungen zu Aussprachen und Aktuellen Stunden.

Die von uns eingebrachte Änderung zum Kreistag Mitte September bildete also, wenn man so will, eine Mindestvariante ab, mit der Fraktionen und einzelne Mitglieder des Kreistages in Angelegenheiten des Landkreises endlich ein verbrieftes und umfassenderes Auskunftsrecht erhalten. Die derzeitige Situation, dem Fragerecht der Kreisratsmitglieder lediglich im Rahmen der Einwohnerfragestunde indirekt zu entsprechen ist für uns inakzeptabel.

Aber auch unser erneuter Vorstoß auf diesem Gebiet scheiterte.

Für unseren Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung stimmten neben der Fraktion der SPD und der Grünen leider nur einzelne Kreisräte anderer Fraktionen.

Auch die Landrätin Frau Schmidt-Rose (CDU) sprach sich gegen unseren Antrag aus mit der Begründung, was alle anderen Kreise machen, muss nicht richtig sein. Jedes Kreisratsmitglied könne schließlich Anfragen mündlich und schriftlich in der Einwohnerfragestunde stellen.

Herr Mohring sprach für die CDU-Fraktion dagegen und begründete, dass der Kreistag Teil der Verwaltung sei (was so nicht stimmt, der Kreistag ist Organ des Landkreises) und deshalb brauche der Kreistag keine gleichartigen Regelungen wie beispielsweise im Thüringer Landtag und Herr Münchberg von der BI befürchtete gar, dass der Kreistag dadurch ein »Forum für Propaganda« werden könnte.

Vollkommen unverständlich ist für uns, wie Kreisräte sich selbst ihrer eigenen Rechte beschneiden können, zumal die vorgebrachten Gegenargumente mehr als dürftig waren.

Über den Kreishaushalt 2023 im Weimarer Land

von Gudrun Kittel

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Weimarer Land traf sich am Samstag, dem 12. November zu ihrer Klausur im Apoldaer Hotel am Schloss. Kernthema war der umstrittene Haushaltsentwurf der Verwaltung für das Jahr 2023.

Die finanzielle Ausstattung des Landkreises hat sich seit 2014 deutlich verbessert, so sind auch die Schlüsselzuweisungen für 2023, wenn man die sogenannte Kompensationszahlung mit einrechnet, mit 27,8 Millionen € in gleicher Höhe wie des Vorjahres eingeplant. Auch die Zuweisungen vom Land werden sich voraussichtlich um ca. 900 T € erhöhen, hier sind nach jetzigem Stand ca. 10 Millionen € geplant.

Dennoch stellen für den Kreishaushalt, neben dem deutlich gestiegenen Sozialhaushalt, auch die Kosten für Strom und Gas für alle kreiseigenen Gebäude eine große Belastung dar, allein bei den Schulen wurden derzeit hierfür 1,2 Millionen € mehr eingeplant.

Obwohl alle Haushaltsansätze bei den Fachämtern auf den Prüfstand kamen und die Landrätin in den Ämterunden kräftig gestrichen hat, bleibt ein ungedeckter Finanzbedarf von 44,4 Millionen €, der die Kreisumlage kräftig ansteigen lässt.

Anders als beispielsweise die CDU-Fraktion, unterstützen wir die Vorschläge der Verwaltung im Bereich des Mehrbedarfs an Personalstellen.

Gerade im Bereich des Sozialamtes wird die Verwaltung künftig vor großen Herausforderungen stehen, denkt man hier nur alleine daran, dass ab Januar 2023 der Kreis der Berechtigten für das Wohngeld wesentlich größer werden wird.

Die Fraktion sieht im gegenwärtigen Haushaltsentwurf derzeit keinen großen Spielraum für eigene Änderungsanträge. Möglichkeiten dafür könnten sich aber noch nach dem Beschluss zum Landeshaushalt ergeben bzw. nach der Einarbeitung der Bundeshilfen.

Absolut unzureichend ist in diesem Haushalt bisher das Thema »Energie und Klimaschutz« abgebildet. Hier scheint es nach wie vor keine Ideen in der Verwaltung zu geben, eigene Beiträge dazu zu leisten, den Landkreis widerstandsfähig gegenüber dem Klimawandel zu machen, Energie selbst zu erzeugen oder die Mobilität umzubauen.

Trotz alledem!

Das war 'ne heiße Märzenzeit,
Trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Blüten schneit,
Nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem -
Trotz Wien, Berlin und alledem -
Ein schnöder scharfer Winterwind
Durchfröstelt uns trotz alledem!

Das ist der Wind der Reaktion
Mit Meltau, Reif und alledem!
Das ist die Bourgeoisie am Thron -
Der annoch steht, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Blutschuld, Trug und alledem -
Er steht noch und er hudelt uns
Wie früher fast, trotz alledem!

Die Waffen, die der Sieg uns gab,
Der Sieg des Rechts trotz alledem,
Die nimmt man sacht uns wieder ab,
Samt Kraut und Lot und alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Parlament und alledem -
Wir werden unsre Büchsen los,
Soldatenwild trotz alledem!

Doch sind wir frisch und wohlgenut,
Und zagen nicht trotz alledem!
In tiefer Brust des Zornes Glut,
Die hält uns warm trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Es gilt uns gleich trotz alledem!
Wir schütteln uns: Ein garst'ger Wind,
Doch weiter nichts trotz alledem!
Denn ob der Reichstag sich blamiert
Professorhaft, trotz alledem!
Und ob der Teufel reagiert
Mit Huf und Horn und alledem -
Trotz alledem und alledem,
Trotz Dummheit, List und alledem,
Wir wissen doch: die Menschlichkeit
Behält den Sieg trotz alledem!

So füllt denn nur der Mörser Schlund
Mit Eisen, Blei und alledem:
Wir halten aus auf unserm Grund,
Wir wanken nicht trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
Und macht ihr's gar, trotz alledem,
Wie zu Neapel jener Schuft:
Das hilft erst recht, trotz alledem!

Nur, was zerfällt, vertratet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem:
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht -
Unser die Welt trotz alledem!

Ferdinand Freiligrath
(* 17.06.1810, † 18.05.1876)



The background features a stylized winter scene. At the top, a dark blue sky is filled with white snowflakes of various sizes. Below the sky, a range of mountains is depicted in shades of blue and light blue. The foreground is a light blue area representing snow, also covered with white snowflakes. The overall aesthetic is clean and modern.

DAS ROTE JAN|FEB|MRZ 23
ginkgoblatt

das Magazin der LINKEN in Weimar und dem Weimarer Land